

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Zehn Jahre Betriebsräteverfassung in Oesterreich

Viktor Stein (Wien)

Mit dem zehnjährigen Bestand der demokratisch-republikanischen Verfassung beginnen auch die neuzeitlichen sozialpolitischen Gesetze jubiläumsmäßig zu werden. Das ist durchaus nichts Verwunderliches. Der Zusammenbruch der mitteleuropäischen Monarchien war gewiß durch den militärischen Zusammenbruch besiegelt und offenkundig gemacht worden; aber in Wirklichkeit handelte es sich um Sprengung unerträglich gewordener Fesseln des Obrigkeitsstaates, der nur Untertanen kennen und gelten lassen wollte. Das war die Tragik der Staatsverwaltung zum Beispiel Oesterreichs, daß sie keine Ahnung davon hatte, was in der Arbeiterschaft lebt und wirkt. Man sah nur, weil man nur das sehen wollte, daß die Arbeiter den Staat nicht bloß nicht lieben, sondern direkt bekämpfen — und das bildete die Berechtigung zur dümmsten und brutalsten Verfolgung der Arbeiterbewegung, zur Diffamation all ihrer Forderungen und Bestrebungen, vor allem aber zur rigorosesten Fernhaltung der Arbeiter von jeglicher Teilnahme an der Verwaltung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Das war aber keine österreichische Spezialität. Unsere reichsdeutschen Freunde wissen davon ein nicht weniger betrübendes Lied zu singen. Aber es ist nicht bloß nützlich, es ist auch notwendig, daran von Zeit zu Zeit zu erinnern. Denn nur so bringen wir uns den großen Fortschritt, den wir gemacht haben, zum Bewußtsein, nur so werden wir in der jüngeren Generation die in so hohem Maße notwendige Entschlossenheit, das Errungene zu verteidigen, wecken und wach erhalten.

Und gerade das ist so recht bezeichnend für die Situation, in der wir uns in dem Augenblick, da wir den zehnten Geburtstag des Betriebsrätegesetzes feiern, befinden: wir müssen bereit sein, das Betriebsrätegesetz zu verteidigen. Keine andere Art der Feier des Geburtstages dieses wichtigsten aller sozialpolitischen Gesetze könnte zweckmäßiger, wirksamer und erfreulicher sein als eben die Erklärung, daß diese Bereitschaft bei unseren Kollegen besteht. So tief verwurzelt, so fest verankert ist die Betriebsräteverfassung nach zehnjährigem Bestand im Bewußtsein der Arbeiter, daß die zahllosen Feinde, die die Betriebsräteverfassung hat, es noch nicht wagen, offen den Grundgedanken selbst anzugreifen und sich begnügen, sozusagen an der Oberfläche haften zu bleiben, wenn sie kritisieren und bekämpfen wollen. Das machen sie beispielsweise durch Aufbauen von Einzelfällen, in denen Betriebsräte versagen, sich etwas zuschulden kommen lassen oder durch übertriebene Darlegungen über die Kosten der Betriebsräteverfassung (wie es gerade jetzt beim Jubiläum des Gesetzes der deutsch-nationale Abgeordnete und Fabrikspitzelorganisator Grailer, eines der korruptesten Individuen, in einer Broschüre gegen die Betriebsräte der österreichischen Bundesbahnen gemacht hat. Der

Mann ist selbst Eisenbahner und ein Führer der gelben Bewegung.) Aber, wie bemerkt, an den Grundgedanken wagen sich die Gegner nicht heran. Die Frage, ob sich die Betriebsräte bewährt haben, ob sie ihre große, geschichtliche Sendung auf gesellschaftsorganisatorischem, auf wirtschaftsorganisatorischem und den sonstigen Gebieten erfüllt haben, die Frage also, die man bei dem Jubiläum eigentlich aufstellen müßte, interessiert die Herren nicht. Ihnen macht es Freude, daß wir noch nicht allgemein gelernt haben, im Mandat eines Betriebsrates eines der wichtigsten Ämter zu erblicken, das die Arbeiterschaft zu vergeben hat, ein Amt, das nicht bloß mit möglichst größter Sachkunde, sondern auch mit den höchsten moralischen Qualitäten verwaltet werden will. Das braucht uns nicht zu betrüben, sondern kann uns geradezu mit Stolz erfüllen, daß sich solche unliebsame Episoden so selten abspielen; die Arbeiter haben die Kunst des Verwaltens nur in ihren Organisationen zu lernen Gelegenheit gehabt. Und dort haben sie sich so ungeheuer viel Ernst, Verantwortlichkeitsgefühl, Sachkunde und sittliche Kraft erworben, daß wir mit Recht annehmen können, daß wir in abermals zehn Jahren eine noch stattlichere Menge noch besser geschulter, erprobter Betriebsräte werden stellen können. Das quält ja die Gegner so, daß sie von jedem weiteren Jahr des Bestandes der Betriebsräteverfassung eine weitere Erschwernis, sie loszuwerden, befürchten.

Wir aber haben allen Grund zur Freude und zum Stolz. Der Aufstieg vom Arbeitsklaven zum Betriebsbürger vollzieht sich, dank der prächtigen Arbeit unserer Betriebsräte, unaufhaltsam, wenn auch natürlich in Anbetracht der wachsenden Macht des Kapitalismus, dank der immer mehr vervollkommneten Organisation des Kapitalismus in wesentlich langsamerem Tempo, als wir es in den Sturmjahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch erwartet haben. Nur dem Ernst, mit dem unsere Freunde ihre Rechte als Betriebsräte verteidigen, nur der Eifersucht, mit welcher sie die Stellung der Arbeiterschaft in den Betrieben verteidigen, verdanken wir es, daß es allen Tücken zum Trotz nicht gelungen ist, der Betriebsräteverfassung größeren Schaden zuzufügen. Die Belegschaften der österreichischen Fabriken wissen, was sie an ihren braven Betriebsräten und an der Betriebsräteverfassung besitzen; sie wissen, daß die Betriebsräte die vorgeschobenen, in die Betriebe vorgeschobenen Wachtposten der Gewerkschaft und des Sozialismus sind; sie wissen, daß die Betriebsräte die wachsamsten Augen sind, die alles sehen, was sich im Betriebe abspielt, die aufhorchenden Ohren, die alles vernehmen, was vorgeht und insolgedessen imstande sind, die Arbeiter zu belehren, aufzumuntern und zu schützen. Die Tätigkeit der Betriebsräte hat bewirkt, daß die Arbeiterschaft mit noch mehr Entschlossenheit als je vor dem Kriege jetzt schützend vor ihren Vertrauensmännern steht; nicht bloß die rührende, überwältigende Solidarität mit dem Manne, der sein Bestes im Dienste der Arbeiterschaft zu leisten bereit und bemüht ist, die Solidarität, die in der Vorkriegszeit die schönsten und dabei leider sehr zahlreichen Streiks zum Schutze des Vertrauensmannes, den Unternehmerarger für sein Wirken mit Entlassung oder einer mindern Maßregelung strafe, veranlaßt hat, sondern auch das rege, lebendige Verständnis für die Institution, die es da zu schützen gilt, sind weithin sichtbare und leuchtende Beweise für die Wichtig-

Zeit der Annahme, daß die Arbeiter die Betriebsräteinstitution richtig bewerten.

Und tatsächlich kann auch die nüchternste Prüfung der Dinge nach zehnjährigem Bestande des Gesetzes — es wurde am 15. Mai 1919 kundgetan, trat zwei Monate später in Kraft und brachte zu Mitte August desselben Jahres die ersten Wahlen zustande — als großen Gewinn diese Einstellung des Proletariats buchen. So sehr sich auch in Oesterreich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse geändert und verändert haben, so sehr sich also der Kreis der Pflichten und Aufgaben der Betriebsräte wandelte, von Vorposten der Sozialisierung zu „Hütern des Betriebes“ und dann zu Funktionären der Gewerkschaft in jeder Situation, in jeder der so bedeutungsvollen Etappen der Entwicklung des Nachkriegskapitalismus haben sich die Betriebsräte aufs beste bewährt. Weder die Arbeiter noch auch ernste Unternehmer könnten sich sie aus unserm Wirtschaftsleben wegdenken. Und die Gewerkschaft könnte ihrer nicht entraten.

Gewiß, auch unter gewerkschaftlichem Gesichtswinkel betrachtet hat die Betriebsräteinstitution bei uns einen starken Wandel mitgemacht. Und nun sehen beide Teile, Gewerkschaft und Betriebsrat, mit aller Klarheit, wie sehr sie einander sachlich und organisatorisch ergänzen. Nach verschiedenen Irrungen und Wirrungen ist das organisatorische Problem, das mit der Einführung der Betriebsräte aufgetaucht ist und eine Zweifelhaftheit oder mindestens Parallelität von Organisation, welche gewerkschaftlichen Interessen zu dienen hat, zu bringen drohte, am Ende des zehnten Jahres restlos gelöst. Der Betriebsrat hat, dem Zwange der sich konsolidierenden Verhältnisse weichen, auf eine beträchtliche Zahl von Illusionen verzichtet, verzichten müssen, die Gewerkschaft aber hat neue Obliegenheiten in ihr Arbeitsprogramm, in ihren Aufgabenbereich aufgenommen (das höhere Interesse für Wirtschaftspolitik zum Beispiel, die Demokratisierung der Wirtschaftsorganisation usw.), und schließlich hat sich herausgestellt, was schärferer und dabei doch nüchterner Beobachtung schon seit langer Zeit klar war, daß eigentlich Betriebsrat und Gewerkschaft dasselbe Gebiet bearbeiten und daß es in ihrer Arbeit nur einen Grad-, nicht aber einen Artunterschied gibt. Der Betriebsrat in den vier Mauern eines Betriebes, die Gewerkschaft auf der Grundlage der Gesamtwirtschaft. Und unschwer war es festzustellen, daß die Summierung beider Kräfte der zu schützenden Arbeiterschaft große Vorteile, vor allem eine beträchtliche Stärkung des Einflusses bringen kann. Die Betriebsräte sind so zu Stützen der Gewerkschaft, organisatorisch, agitatorisch, praktisch und ideell geworden, die Gewerkschaft aber hat die Betriebsräte mit höherem Ansehen ausgestattet, so daß der Unternehmer im Betriebsrat nicht bloß den Wortführer seiner Arbeiterschaft, sondern auch der Gewerkschaft erblickt.

Die Unternehmer sind natürlich weniger geneigt, die große Bedeutung der Betriebsräte anzuerkennen, wiewohl sie — wie bemerkt — durchaus nicht mit Lobesbezeugungen geizen. Aber grundsätzlich sind sie gegen die ganze Einrichtung, weil sie in ihr die ständige Bedrohung ihres Herrschaftspunktes, die unablässige Arbeit an der Durchrationalisierung der Wirtschaftsorganisation, vor allem aber die Verkörperung des Machtzuwachses der Arbeiterklasse erblicken. Deshalb führen sie auch einen unerbittlichen

Kampf gegen die Betriebsräteverfassung. Nicht überall so pazifistisch und brutal wie in der „Österr. Alpine Montangesellschaft“, wo man nach Unterwühlung der Gewerkschaft den Arbeitern betriebsratsähnliche Betriebsräte aufgezwingen hat. Erst kürzlich hat ein christlicher Gewerkschaftsführer in einer Versammlung erzählt, daß der Generalsekretär dieses Unternehmens bei einer Vorsprache der christlichsozialen Partei sich dazu offen bekannt habe, er stelle die Kandidatenliste auf, er mache solche Sachen „sehr einfach“. In diesem Unternehmen hat man nun einen Lohn- und Arbeitsvertrag „erlassen“, in welchem die gesetzlichen Rechte des Betriebsrates ganz aufgehoben erscheinen. Die Alpine Montangesellschaft erzwingt Woche um Woche von den zustehenden (ihr geradezu unterstehenden) Instanzen Entscheidungen gegen die Betriebsräte. Aber auch die Einigungsämter in anderen Gebieten haben den Ehrgeiz, in Streitsachen zwischen Betriebsrat und Unternehmern immer gegen den Betriebsrat zu entscheiden.

Bis jetzt haben sie damit nur erreicht, daß sich die Arbeiter der anderen Betriebe um so enger um ihre Gewerkschaft sammeln, um der Gefahr, der sie nun ins Auge sehen konnten, stärker entgegenzutreten. Es gibt kaum etwas Erfreulicheres und Erhebenderes als die Tatsache, daß es nur dem Eifer, der Tüchtigkeit der Agitation der Betriebsräte zum Beispiel in der Steiermark gelungen ist, dem ganzen wuchtigen Angriff auf die Gewerkschaft, der Errichtung „unabhängiger“ Gewerkschaften zum Trotz, den gewaltigen Geldsummen, die so aufgewendet wurden, und der Korruption, welche man in die Reihen der Arbeiter trägt, bei einer Mitgliederzahl von rund 10 000 den Stand bis auf 30 Mitglieder zu halten.

Doch auch in den übrigen Verbandsgebieten der Metallarbeiterschaft haben die Betriebsräte in den zehn Jahren so manchen Strauß mit den Unternehmern auszusechten gehabt, vor allem um die Rechte der Betriebsräte. Und überall haben sie, gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter, gestärkt durch die Gewerkschaft, Erfolg gehabt. Keine Macht wird mehr imstande sein, den Arbeitern einzureden, daß sie ohne Betriebsrat leben, arbeiten und kämpfen könnten. Diese Feststellung ist die ehrlichste, schönste und am meisten berechnete Gratulation an die jubilierende Institution, die — mit dem Dichter zu sprechen — den Arbeitern zuruft: „Lebet, kämpfet, zittert nicht!“

Von der Daweslast zum Youngplan

Long Sender (Berlin)

Vor wenigen Tagen wurde mit sehr großem Geräusch der zehnjährige Gedenktag des Bestehens des Versailler Vertrages begangen. Die nationalistischen Kreise versuchen es noch immer, dem deutschen Volke einzureden, daß die schwere Last der Reparationen nur dadurch über uns habe verhängt werden können, weil Deutschland die Alleinschuld am Kriege aufgebürdet worden sei. Nun ist aber im Versailler Vertrag ebensowenig von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege die Rede, wie irgendein vernünftiger Politiker annimmt, daß lediglich diese Schuldfeststellung die Ursache unserer Reparationslast sei. Deutschland hat vielmehr aus dem gleichen Grunde Repa-

rationen zu zahlen, wie Frankreich nach dem Kriege von 1870/71 an Deutschland zahlen mußte. Weil es den Krieg verloren hat, weil es der Besiegte wurde. Und dabei hat man es den Alliierten noch bequem gemacht; sie hätten sich berufen können auf das Wort des Herrn Helfferich, als er sich noch auf der Höhe von Deutschlands Siegen wähnte, daß die Feinde Deutschlands das Bleigewicht unserer Kriegskosten noch durch Generationen nachschleppen sollten. Außer beiden Nationalisten Deutschlands spricht man in der Welt heute kaum mehr von Deutschlands Meinschuld. Statt dessen wurde es möglich, daß zu Beginn dieses Jahres, nachdem der Dawesplan im fünften Jahre in Kraft ist, sich wiederum Sachverständige der beteiligten Nationen einschließlich Amerikas in Paris zusammensanden, um über eine Erleichterung der deutschen Schuldenlast und eine Festsetzung der Gesamtschuld Deutschlands zusammen mit deutschen Vertretern zu verhandeln. Trotzdem die Konferenz viele Schwierigkeiten zu bestehen hatte und man einmal an einem Punkt angelangt war, daß das ganze Werk zu scheitern drohte, konnte schließlich doch noch ein für Deutschland relativ günstiges Resultat erzielt werden. Es ist vielleicht heute müßig, die Frage aufzuwerfen, ob ohne diese schwere Krise der Konferenz ein für Deutschland noch günstigeres Ergebnis zu erzielen gewesen wäre. Nicht überflüssig aber ist es, festzustellen: An der Konferenz haben neben dem Reichsbankpräsidenten nur Repräsentanten des deutschen Unternehmertums als deutsche Unterhändler teilgenommen, dagegen war die deutsche Arbeiterklasse vollkommen unvertreten; obwohl sie es doch sein wird, die auch in Zukunft den größten Teil der Lasten aufzubringen haben wird, und obwohl man nicht leugnen kann, daß die deutsche Arbeiterklasse sich im letzten Jahrzehnt nicht unerhebliches neues ökonomisches Wissen angeeignet hat und besser volkswirtschaftlich zu denken versteht, als der größte Teil des Unternehmertums. Wir werden bei der weiteren Besprechung des Berichtes noch feststellen Gelegenheit haben, wie bedauerlich sich diese Abwesenheit von Arbeitervertretern in der Abfassung des Schlußberichtes auswirken konnte.

Versuchen wir zunächst einmal die Kernpunkte der neuen Regelung herauszuschälen und sie dem gegenwärtig noch geltenden Zustand des Dawesberichtes gegenüberzustellen.

Im laufenden Jahre war zum erstenmal die Endsumme des Dawesplanes fällig geworden mit $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark jährlich, ohne daß aber die Dauer dieser hohen Jahreszahlungen schon festgelegt worden wäre. Um aber die Gefahren des Dawesplanes, zu dessen Annahme die Deutschnationalen seinerzeit im Parlament mit ihren Stimmen beigetragen hatten, richtig zu würdigen, genügt es nicht, die

Ungewißheit über die Dauer der Daweszahlungen

und ihre große derzeitige Höhe zu würdigen, sondern es muß mit berücksichtigt werden, daß binnen kurzem ein sehr merkwürdig konstruierter „Wohlstandsindex“ in Kraft getreten und mit Gewißheit eine Erhöhung der Jahresleistungen um mindestens 200 bis 300 Millionen entstanden wäre. Dieser im Dawesplan vorgesehene Wohlstandsindex sah nämlich einen Zuschlag zu den $2\frac{1}{2}$ Milliarden jährlich vor, sofern der Zuwachs der Bevölke-

zung, die Zunahme des Eisenbahnverkehrs, des Außenhandels, des Verbrauchs an Alkohol, Zucker, Tabak usw. dies rechtfertigte. Würde diese Bestimmung schon in den nächsten Jahren eine nicht unerhebliche zusätzliche Zahlung bedingt haben, so hätte dieser Zuschlag für die Dauer des Dawesplanes anschwellen können bis zu $3\frac{1}{4}$ Milliarden und mehr. Nicht minder wichtig als die Tatsache, daß nach dem Youngplan die Gesamtsumme der deutschen Zahlungsverpflichtung nun festgelegt wurde, ist der Umstand zu werten, daß

der Wohlstandsindex beseitigt

werden konnte, noch ehe er in Kraft getreten war. Natürlich immer unter der Voraussetzung, daß sich eine politische Mehrheit findet, den neuen Plan zu ratifizieren. Die Festsetzung der Gesamtsumme ist nicht nur aus psychologischen Gründen, sondern auch für den deutschen Kredit von hoher Bedeutung. Wir wissen nunmehr genau, welche Zahlung in jedem Jahre zu leisten ist, ohne daß sich deren Höhe zu verändern hat, und kennen die Dauer der Annuitäten (Jahreszahlungen). Wir wissen, daß wir ab 1. September dieses Jahres eine

GesamtrepARATIONSSchuld von 35,7 Milliarden

zu tilgen haben werden. Gewiß noch eine phantastisch hohe, kaum für uns vorstellbare Summe. Aber niemand wird erklären können, daß es für Deutschland gänzlich unmöglich sei, diese Zahlungen zu leisten. Wobei man sich freilich klar darüber sein muß, daß es für jeden Steuerzahler eine erhebliche Minderung seines eigenen Budgets bedeutet. Immerhin aber bedeutet — versucht man, sich aus den Jahresleistungen eine Gesamtsumme aus dem Dawesplan zu errechnen — die Summe des Youngplanes eine

Entlastung gegenüber dem Dawesplan um 18 bis 25 vH.

Doch in dieser absoluten Zahl drückt sich noch nicht die ganze Bedeutung der Änderung aus. Es gab in Deutschland Kreise, auch einflußreiche und maßgebliche Persönlichkeiten, die eine Revision des Dawesplanes von einer Krise seiner Durchführung erwarteten. Bekanntlich enthielt dieser Plan die Klausel eines Transferschutzes (Übertragung deutscher Währung in fremde). So gab es Persönlichkeiten, die damit spekulierten, daß es zweckmäßig sei, die Übertragung deutscher Währung nicht durch zu starke Aufnahme von Auslandsanleihen zu erleichtern und durch die Einschaltung derartiger Hemmungen die Inanspruchnahme des Transferschutzes herbeizuführen. Sie spielten ein gefährliches Spiel, von dessen verhängnisvoller Wirkung auf die deutsche Wirtschaft man zufällig während des Ganges der Pariser Verhandlungen einen starken und abschreckenden Vorgeschmack bekam. Man wird sich erinnern, daß in den ersten Wochen die Pariser Verhandlungen nur sehr langsam vom Fleck kamen, daß beide Seiten lange zögerten, Zahlen zu nennen, und daß dann schließlich die deutsche Delegation ein Angebot machte, das sie mit durchaus deplazierten politischen Voraussetzungen belastete, wie der Frage des Korridors, deutscher Kolonien usw. Die Konferenz geriet in eine Krise und schien zum Scheitern verurteilt. Sofort machte sich die Wirkung in Deutschland aufs schwerste bemerkbar. Es setzte eine ungeheure Kapital-

flucht ein, deutsche Mark flüchtete in noch stärkerem Maße ins Ausland, als ausländische Guthaben aus Deutschland zurückgezogen worden sind. Die Wirtschaftskrise erfuhr eine ernste Verschärfung und in dieser Situation konnte Herrn Hugenberg's Panikmache, als drohe erneut ein Verfall der deutschen Währung, auf fruchtbaren Boden fallen. Tatsächlich war ja auch in der kurzen Zeit die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen bis knapp auf das gesetzlich zulässige Mindestmaß herabgesunken. Diese ernste Krise schien ihre warnende Wirkung nicht zu verfehlen. Und dabei war sie doch nur ein sanftes Vorspiel dessen, was sich ereignen haben würde, wenn es zur tatsächlichen Transferkrise gekommen wäre. Die Erkenntnis dieser Sachlage war es daher mit, die ein Wiederankurbeln der Pariser Verhandlungen ermöglichte. Die maßgeblichen deutschen Persönlichkeiten konnten daraus entnehmen, von welcher ungeheurer Bedeutung es ist, eine Regelung zu erstreben, die es der deutschen Wirtschaft gestattet, zunächst einen besseren Wiederaufbau, die erforderliche Durchrationalisierung und den Ausbau zu ermöglichen. Dieses Werk war schon in den Jahren seit der Stabilisierung in erstaunlichem Umfang gelungen. Es konnte allerdings nur durchgeführt werden mit Hilfe ausländischen Kapitals. Doch braucht diese Aufnahme ausländischen Kapitals solange keinerlei Gefahr darzustellen, als diese Gelder zu produktiven Zwecken verwandt werden und der Ausdehnung der deutschen Güterherstellung dienen. Ebenso muß man indessen auch als produktive Verwendung alle solche Zwecke ansehen, die der Erhaltung und Entwicklung der Volksgesundheit, der menschlichen Arbeitskraft dienen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet war der größte Teil der in den letzten Jahren aufgenommenen Auslandskapitalien produktiv angewandt. Aber man weiß auch, daß in den nächsten Jahren dieser Prozeß sich noch fortsetzen muß. Wohl hat die Kapitalbildung im eigenen Lande eine ganz erfreuliche Ausdehnung wieder angenommen, indessen ist die Decke noch immer nicht ausreichend. So werden denn auch die nächsten Jahre noch dieser Anstrengung gewidmet sein müssen, die Kapitalbedürfnisse der deutschen Wirtschaft teilweise vom Ausland her zu stillen. Nur so kann schließlich einmal der notwendige Zustand herbeigeführt werden, daß die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz aktiv wird, daß die Ausfuhr die Einfuhr übersteigt. Und die Entwicklung der letzten Zeit gibt uns durchaus keinen Anlaß zu Pessimismus; tatsächlich hat die deutsche Handelsbilanz einen erfreulichen Umschwung in der Richtung einer Vermehrung unserer Ausfuhr erfahren. Erkennt man diese Entwicklung als notwendig an, dann ist es natürlich von der höchsten Bedeutung, daß besonders in den ersten Jahren die deutschen Leistungen eine erhebliche Entlastung erfahren. Je ungestörter der Prozeß des Wirtschaftsausbaues unter Zuhilfenahme ausländischen Kapitals vor sich gehen kann, desto eher kann auch eine derartige Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit des Volkseinkommens erreicht werden. Es ist daher wahre Zukunftspolitik, in der Gegenwart die Voraussetzungen herbeizuführen, die eine ungestörte Entwicklung der deutschen Wirtschaft ermöglichen. Darum kam es vor allem darauf an, daß die Erleichterung in den ersten Jahren am fühlbarsten sei. Es ist daher als einer der erfreulichsten Erfolge der Pariser Konferenz zu verbuchen, daß

in den ersten 10 Jahren um 6,35 Milliarden weniger

als nach dem Dawesplan zu leisten ist. Im Gegensatz zum Dawesplan sind die Jahresleistungen nicht gleichmäßig, sondern gestaffelt. Das Reparationsjahr läuft nun gleichmäßig mit dem deutschen Haushaltsjahr vom 1. April bis 31. März. Die Jahresleistungen des neuen Planes stehen denen des Dawesplanes wie folgt gegenüber:

Youngzahlungen in Millionen M.		Weniger als nach dem Dawesplan in Millionen M.		Youngzahlungen in Millionen M.		Weniger als nach dem Dawesplan in Millionen M.	
1930	1708	792		1935	1893	607	
1931	1685	815		1936	1940	560	
1932	1738	762		1937	1977	523	
1933	1804	696		1938	1995	505	
1934	1867	638		1939	2043	457	

Zu dieser Entlastung kommt noch die des laufenden Jahres mit rund 500 Millionen, so daß ohne Berücksichtigung des Wohlstandsindex eine Entlastung von 6800 bis 6900 Millionen entsteht. Nach den ersten Jahren steigt die Jahreszahlung an, bleibt aber in den folgenden vier Jahren noch um 300 Millionen unter dem derzeit geltenden minus Wohlstandsindex, um dann schließlich in den beiden letzten Jahren, dem 35. und 36. Jahre, nur noch um 100 Millionen hinter dem Dawesplan zurückzubleiben.

Mit dem 37. Jahre sind allerdings die deutschen Verpflichtungen noch nicht erloschen. Auch in den folgenden 22 Jahren hat Deutschland nach dem Plane noch Zahlungen zu leisten, die zur Deckung der alliierten Schulden an Amerika dienen und in den ersten 19 Jahren langsam von rund 1600 auf rund 1700 Millionen steigen, um in den letzten drei Jahren noch rund 900 Millionen zu betragen. Allerdings sind Vorkehrungen getroffen, um diese spätere Belastung nach Möglichkeit nicht effektiv werden zu lassen. Zunächst soll zur Deckung dieser Summen von der zu gründenden internationalen Bank eine Sonderrücklage gemacht werden. Nicht minder wichtig aber ist die Bestimmung, daß für den Fall einer Ermäßigung der alliierten Schulden an Amerika zwei Drittel dieser Ermäßigung Deutschland zugute kommen und außerdem ein Drittel dieser Ermäßigung für die Deckung der letzten 21 Jahre verwandt wird, falls dies noch als notwendig erweisen sollte.

Diese Feststellungen sind deswegen wichtig, weil die ganze Opposition gegen den Youngplan nichts anderes anzuführen weiß, als daß nach dem Versailler Vertrag nur eine Generation mit Reparationszahlungen belastet sein sollte, während die im Youngplan vorgesehene Zahlungsdauer eine längere sei. Nun ist nach dem oben Gesagten klar, daß es überhaupt ungewiß ist, ob diese Zahlungen der letzten 22 Jahre jemals praktisch werden. Was aber wäre denn eingetreten, hätte sich Deutschland darauf versteift, nicht länger als 37 Jahre lang zahlen zu wollen? Nun, dann wären eben die Jahreszahlungen, insbesondere in den ersten 10 Jahren, bedeutend höher bemessen worden und wir hätten uns selbst die Möglichkeit verbaut, daß eine spätere, durchaus nicht unwahrscheinliche Schuldenermäßigung Amerikas nur den Alliierten, in keiner Weise aber uns zugute gekommen wäre. Mit wirtschaftlichen Gründen läßt es sich überhaupt nicht

erklären, wenn die Nationalisten jetzt mit solcher Entschiedenheit gegen den Youngplan auftreten. Denn Ablehnung des Youngplanes würde doch unweigerlich bedeuten: Fortsetzung des mit deutschnationaler Hilfe seinerzeit angenommenen Dawesplanes, womit die Nationalisten bekunden, daß sie lieber weiter 2½ Milliarden jährlich plus rund 300 Millionen oder mehr aus dem Wohlstandsindex zahlen würden, als die in den ersten Jahren rund 1700 Millionen des neuen Planes. Daß dies mit wirtschaftlicher Vernunft nichts mehr zu tun hat, braucht nicht mehr nachgewiesen zu werden. Und so läßt es sich denn auch nur erklären aus Gründen des sozialen Kampfes. Es ist dieselbe Katastrophenpolitik, wie sie im Ruhrkampf betrieben worden ist und zu solch verhängnisvollen Folgen geführt hat. Stand doch am Ende des Ruhrkampfes die satte Entschädigung der Berggewaltigen mit über 700 Millionen Reichsgeldern, der Beseitigung des Achtfundentages und Einführung anderer reaktionärer Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft gegenüber. Es wird sich nicht leicht nachweisen lassen, daß jene Bemerkung des Herrn Thyssen von der „Krise, die er gerade jetzt brauchen könne“, auf dem Bankett in der Villa Hügel wirklich gefallen ist; aber daß eine solche Meldung in der deutschen Öffentlichkeit durchaus auf Glauben stieß, kennzeichnet die Atmosphäre. Zeichnet auch die Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft im Falle einer Ablehnung des neuen Planes. Noch immer besteht ein inniger Zusammenhang zwischen den Ereignissen der äußeren Politik Deutschlands und der inneren Lage. Daran wird sich die deutsche Arbeiterschaft zu erinnern haben, wenn es um die Lastenverteilung erneut gehen und das Unternehmertum versuchen wird, die Entlastung der Reparationszahlungen in erster Linie auszumünzen in einer Ermäßigung der Steuerlast der Besitzenden!

:::

:::

:::

Die Lage der belgischen Metallindustrie im Jahr 1928

E. Peeters (Brüssel)

Wenn wir die allgemeine Lage der belgischen Metallindustrie im Jahre 1928 einer eingehenden Betrachtung unterziehen, so fallen uns zwei Tatsachen auf: einerseits die zunehmende Ausdehnung der seit der Stabilisierung des belgischen Franken im Oktober 1926 begonnenen und dann fortgesetzten industriellen Konzentrationsbewegung, andererseits der verhältnismäßig große industrielle Aufschwung, der sich im Laufe der letzten Monate des Jahres noch vergrößerte. Die industrielle Konzentrationsbewegung konnten wir schon kurz nach Abschluß des Waffenstillstandes feststellen, obwohl dieselbe damals noch eine so geringe Ausdehnung hatte, daß sie den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Lage durchaus nicht entsprach, da in jener Zeit unsere Betriebe neu ausgerüstet werden mußten, weil die einen vollständig zerstört worden waren, während die andern unter der Inanspruchnahme der fremden militärischen Machthaber oder infolge einer über 4 Jahre dauernden Stilllegung ungeheuer gelitten hatten.

Man durfte also annehmen, daß unsere Industriellen die außerordentlich günstige Gelegenheit ausnützen würden, um die allgemeine Wiederaufnahme des Betriebes auf eine den Bedürfnissen der Stunde besser entsprechenden

breitere Grundlage zu stellen. Dem war aber durchaus nicht so. Unsere Fabrikherren verschlossen sich in einem oft ganz übertriebenen Partikularismus, der nach der Weltkatastrophe keine Berechtigung hatte. Die neu eintretenden Ereignisse sollten jedoch dieser engstirnigen Denkweise bald ein Ende bereiten. Zunächst waren es die Schwierigkeiten der ausländischen Konkurrenz, die voll arbeitete, während unsere Betriebe erst wieder aufgebaut werden mußten. Dabei verringerten sich die Absatzgebiete mehr und mehr. Man gründete Verkaufsniederlassungen für den Verkauf der Erzeugnisse mehrerer zusammengeschlossener Unternehmen. Immer mehr wurde von industrieller Zusammenschließung und später von Rationalisierung gesprochen. Belgien, wie übrigens auch alle anderen Länder Europas, stand eine Zeitlang ganz unter dem Bann der Zeitungsberichte, die uns über den kolossalen Aufschwung der amerikanischen Industrie unterrichteten. Eine Pressekampagne wurde inszeniert, um die belgischen Unternehmer zu veranlassen, dem „amerikanischen Beispiel“ zu folgen.

Später beschäftigten die in Deutschland erzielten Ergebnisse der Rationalisierung die meisten unserer Wirtschaftspolitiker. Unsere vom „Zentralausschuß der Industriellen“ inspirierten Zeitungen sahen in der Rationalisierung offenbar nur die dadurch ermöglichte Vergrößerung der Gewinne. Auch die Gewerkschafts- und Arbeiterpresse beurteilte diese Bewegung günstig. Sie erblickte in derselben eine Möglichkeit, die Löhne zu erhöhen und den Aufwand an Anstrengungen für die Arbeiter zu verringern. Die Bewegung machte unter dem Einfluß dieser verschiedenen Faktoren Fortschritte. Hinzu kam noch der Abschluß der ersten internationalen Abkommen. Der mächtigste Entwicklungsfaktor war jedoch unbestreitbar die Stabilisierung des belgischen Franken. Jede Industrie wurde durch diese Stabilisierung vor eine neue Situation gestellt, welche die meisten wieder aufbauten und jetzt über vermehrte Produktionsmittel verfügenden Betriebe ihres Betriebskapitals beraubte und andererseits infolge des Steigens der Inlandspreise eine intensive Produktion erforderlich machte, um die Produktionskosten soviel als möglich herabzusetzen.

Die Banken, die man zur Ergänzung des Betriebskapitals in Anspruch nehmen mußte, wollten sich nicht mehr mit der einfachen Rolle des Gelddarlehers begnügen. Sie beteiligten sich direkt an verschiedenen Industrien. Um sich eine Vorstellung von der Ausdehnung dieser Interessenbeteiligung zu machen, sei hier kurz bemerkt, daß eine dieser Bankgesellschaften, die Société Générale de Belgique, deren Kapital auf mehr als 6 Milliarden Franken beziffert wird, 65 Hochofenbetriebe vollständig oder teilweise unter Kontrolle hat, von 94 Hochofen, die sich auf dem Gebiete des belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsverbandes befinden (56 Hochofen stehen auf belgischem Gebiete). Ihr Machteinfluß auf die Gesellschaften von Athus-Angleur (12 Hochofen) und Sambre-et-Moselle-Châtelaineau (7 Hochofen), welche die Verschmelzung von vier Gesellschaften darstellen, ist unbeschränkt. Ihre Bilanz weist außerdem den Besitz eines bedeutenden Teils der Aktien von Cockerill, Dugrée-Marihaye, Hadir und Urbed (Luxemburg) auf.

In der Maschinenbranche ist die Lage infolge der rücksichtslosen Konkurrenz unter einer allzu großen Anzahl von Kleinbetrieben weniger über-

sichtlich. Indessen ist es unter dem Einfluß der Banken und einigen ausländischen Gruppen zu einigen Verschmelzungen gekommen und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch in dieser Branche weitere Zusammenschlüsse binnen kurzem erfolgen werden.

In der Automobilindustrie dagegen ist der Zusammenschluß schon eine vollendete Tatsache, denn nur zwei Gruppen stehen einander noch gegenüber: 1. die Gruppe Imperia-Excelsior, welche einige weniger bedeutende Autofirmen aufgenommen hat, wie zum Beispiel Mathys-Dij usw., und 2. Minerva-S. N. (Fabrique Nationale d'Armes de Guerre de Herstal), welche in Wirklichkeit eine Interessengemeinschaft darstellen. Diese beiden letzteren Firmen haben in ihren Verträgen Abmachungen, laut welchen sie sich gegenseitig die Herstellung bestimmter Typen untersagen, um sich beim Absatz nicht hinderlich zu sein. Die Minerva-Gesellschaft hat ferner mit einer englischen Gruppe Verkaufsverträge abgeschlossen, durch welche sie dieser letzteren den Alleinverkauf ihrer Fahrzeuge auf den englischen Märkten sicherstellt. Ihr Fabrikationsprogramm sah für 1928 den Bau von 6000 Fahrzeugen vor. Im Laufe des Betriebsjahres 1929/30 sollen deren 8000 hergestellt werden. — Ferner hat die Gruppe Excelsior Imperia ein ähnliches Übereinkommen mit der großen französischen Automobilfabrik Voisin abgeschlossen.

Im November 1927 wurde in Brüssel die Aktiengesellschaft „Union des Industries“, das heißt Industrieverband gegründet. Diese Gesellschaft verfolgt den Zweck, die belgischen Erzeuger im Hinblick auf die Ausfuhr ihrer Produkte rationell zu organisieren, insbesondere in bezug auf Maschinen und sonstige Eisenerzeugnisse. Sie hat ebenfalls die Möglichkeit ins Auge gefaßt, mit ausländischen Industriegruppen in Interessengemeinschaft zu treten, unter der Bedingung, daß das Unternehmen unter belgischer Kontrolle verbleibt. Sie befaßt sich außerdem mit allen Geschäften, die dem Zusammenschluß von Industrieunternehmen dienlich sein können. Dieser Industrieverband hat die Verwirklichung seines Programms damit begonnen, daß er die Gründung der Englisch-Französisch-Belgischen Konvention für Eisenbahnmateriale in die Wege leitete.

In der Schraubenindustrie haben 25 der hauptsächlichsten belgischen Firmen das „Comptoir des Boulonneries“, das heißt Geschäftsstelle der belgischen Schraubenindustrie gegründet. Diese Gesellschaft befaßt sich hauptsächlich mit allen Handelsgeschäften, die sich auf den Verkauf und die Ausfuhr der Erzeugnisse in der Schraubenfabrikation beziehen. Die angeschlossenen Werke untersagen sich gegenseitig, ihre gesamte oder teilweise Produktion an Nieten, Muttern, Schraubenbolzen usw. direkt oder indirekt abzusetzen. Der Verkauf dieser sogenannten Exportware darf nur durch die Vermittlung des „Comptoir des Boulonneries“, der Geschäftsstelle der belgischen Schraubenindustrie erfolgen. Auf dem Gebiete der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsvereinigung bleibt indessen der direkte Verkauf gestattet.

„Gilsoco“ ist eine Gesellschaft, die aus der Verschmelzung von drei Großfirmen entstanden ist, nämlich aus den Gilsonwerken, den Schraubenfabriken und Drahtziehereien in La Louvière und den Eisen- und Schraubenwerken von Cambier. Ihre Hauptbetätigung besteht darin, die soeben genannten Werke mit Rohmaterial zu versorgen und ihre Erzeugnisse, insofern diese

nicht den Verkaufskategorien des „Comptoir des Boulonneries“ angehören, zu verkaufen. Beide, Gilsoco und Comptoir des Boulonneries, stehen in Interessengemeinschaft.

Die „Société Commerciale de Belgique“, das heißt die belgische Handelsgesellschaft, befaßt sich mit dem Handel von Material und Erzeugnissen der Metallindustrie und auch anderer Betriebe, sowie mit allen damit verbundenen Finanzgeschäften. Sie hat u. a. das Alleinverkaufsrecht für die Erzeugnisse der mächtigen Dugrée-Marihaye-Werke und besorgt deren Einkäufe in Material. Sie besitzt ferner das Verkaufsmonopol für die Ausfuhrerzeugnisse der drei auf französischem Boden gelegenen Hochofenanlagen von Chiers, der Hütten- und Stahlwerke von Vireux-Molhain und der Eisenwerke von Blagny-Carignan. Auch verfügt sie über das Alleinverkaufsrecht der Erzeugnisse der belgischen Gesellschaft für Stickstoffherzeugung, der Eisengießereien von Nimy und der Eisenbergwerksgesellschaft Alliance-Monceau, und zwar sowohl für den Inlandsverkauf als auch für das Ausfuhrgeschäft. Durch ihre Vermittlung wurde die Vereinigung der belgischen Walzdrahtwerke (Drahtziehereien) gegründet, die aus den Dugrée-Marihaye-Werken, den Angleur-Athus-Werken, den Boel-Werken und den Providence-Werken gebildet wurde. Letztere hat nun ihrerseits eine Industriellengruppe unter dem Namen Vereinigung belgischer Drahtziehereien und Nagelfabriken ins Leben gerufen, die durch die belgische Handelsgesellschaft mit dem Inlands- und Auslandsverkauf aller von den angeschlossenen Firmen erzeugten Nägel- und Drahtwaren beauftragt wurde. Elektroanlagen sind 50 von den hierzulande vorhandenen 60 Firmen dem Kartell der belgischen Elektroindustriellen angeschlossen.

Außer diesen in internationalen Beziehungen stehenden belgischen Gesellschaften sind unsere Großindustriellen angeschlossen:

In der Eisenindustrie: das Europäische Stahlkartell; das Internationale Roheisenkartell; das Internationale Schienenkartell; das Holzschraubenkartell; das Eisenröhrenkartell; das Eisen- und Stahlrohrkartell.

In der Kupfererzeugung: die mächtige Kupferbergwerks-Gesellschaft des Ober-Katanga, eine der größten Gesellschaften für Kupfererzeugung, dem Internationalen Kupfer-Verkaufskartell, dessen Sitz sich in Newjork befindet.

Zink: Die Werke Vieille-Montagne sowie auch die Vereinigten Belgischen Zinkwerke gehören dem Europäischen Zinkkartell an.

E-mailindustrie: die Großbetriebe dem Europäischen E-mailkartell.

Fahrradindustrie: das Europäische Kartell zählt für den Großvertrieb von Fahrrädern und Ersatzteilen Belgien zu seinen Mitgliedern.

Die Eisenerzeugung. Infolge ihrer Zugehörigkeit zum Europäischen Stahlkartell ist die belgische Eisenerzeugung auf das ihr durch gemeinsamen Beschluß vorgeschriebene Quantum beschränkt. Dies konnte indessen nicht verhindern, daß die Jahreserzeugung von 1928 größer ist als diejenige des Vorjahres, wie dies aus den nachstehenden Zahlen ersichtlich ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die durch das Inlandsgeschäft stark in Anspruch genommenen deutschen und französischen Industriellen sich weniger für die Ausfuhr interessierten, was wiederum der belgischen Industrie zugute kam.

	1927 (in Tonnen)	1928 (in Tonnen)
Roheisen	3751440 (151 vH von 1913)	3904380
Rohstahl	3607370 (150 " " 1913)	3820580
Fertigstahl	3062220 (164,8 " " 1913)	3403230
Stabeisen (Puddeleisen) .	166620 (54 " " 1913)	173770
Zusammen	10587650	11302960

Diese Zahlen zeigen, daß im Jahre 1928 in diesem Industriezweig 715 810 Tonnen mehr erzeugt wurden als im Vorjahre, während schon im Jahre 1927 die drei ersten Rubriken eine Steigerung von 150 bis 164 vH gegenüber der Jahresproduktion von 1913 aufwiesen. In Puddeleisen wurden im Jahre 1927 nur 54 vH der Jahresproduktion von 1913 erzeugt. In Belgien wie auch in den anderen Ländern der Metallindustrie verschwinden allmählich die Puddelwerke. Am 1. Januar 1927 zählte Belgien deren nur noch drei mit insgesamt 15 Puddelöfen, während im Jahre 1913 noch 110 Puddelöfen vorhanden waren.

Über die Handelslage

Um eine ungefähre Vorstellung von dem Aufschwung unserer Metallindustrie zu geben, veröffentlichen wir nachstehend die von der belgischen Zollverwaltung aufgestellten Zahlen über Ein- und Ausfuhr der hauptsächlichsten Metallerzeugnisse in den Jahren 1927 und 1928.

Einfuhr	1927		1928	
	Tonnen	1000 Frs.	Tonnen	1000 Frs.
	892960	3145265	1241119	4385282
Ausfuhr	1927		1928	
	Tonnen	1000 Frs.	Tonnen	1000 Frs.
	5333052	8008377	5145269	8643084

Über die Lage der Gewerkschaften im Jahre 1928 ist folgendes zu berichten: Seit 1921, mit Ausnahme des Jahres 1924, vermerkten alle Jahresberichte ein ständiges Abbröckeln der Mitgliederbestände. Im Jahre 1928 wurde diese rückläufige Bewegung eingedämmt, es erfolgte ein Wiederaufstieg. So weist die Statistik für das erste Vierteljahr 1928 einen Bestand von 92 109 Mitgliedern auf, die in dieser Zeit 13 Mitgliederbeiträge entrichtet hatten und 10 341 Mitglieder mit weniger als 13 Beiträgen, also insgesamt 102 405 Verbandsmitglieder. Im vierten Vierteljahr 106 045 Mitglieder mit 13 entrichteten Mitgliedsbeiträgen und 3615 Mitglieder mit weniger als 13 eingezahlten Beiträgen, also im ganzen 109 660 Verbandsmitglieder. Das Jahresende weist also eine Zunahme von 7210 Mitgliedern auf. Im Laufe des Jahres 1928 erfolgten 16 280 neue Beitrittserklärungen.

Über die Arbeitslosigkeit veröffentlicht die „Revue du Travail“, das Organ des Ministeriums für Industrie, Arbeit und soziale Fürsorge, eine amtliche Statistik, welche besagt, daß im Jahre 1928 132 437 Metallarbeiter einer genehmigten Versicherungsstufe gegen unfreiwillige Arbeitslosigkeit angehörten. Im Laufe des Jahres wurden von diesen Klassen 300 586 Tage entschädigt, das heißt durchschnittlich 2,3 Tage pro Versicherungsmitglied, gegen 6,3 Tage im Jahre 1927. Die Metallarbeiterverbandsleitung verzeichnete für 1928 einen Monatsdurchschnitt von 2720 Arbeits-

losen, an welche für 19 401 Tage Unterstützungsgelder ausbezahlt wurden, das sind durchschnittlich 7,1 Unterstützungstage für jeden Arbeitslosen. Die gesamten an Arbeitslose ausbezahlten Unterstützungsgelder beliefen sich im Jahre 1928 auf 1.435 515,29 Franken.

A u s s t ä n d e. Neben einer ganzen Menge von Konflikten von ganz beschränkter Ausdehnung hatten wir im Jahre 1928 zwei große Ausstände, nämlich den Schiffsbauerstreik in den Reparaturwerften von Antwerpen und den Ausstand in der Nationalen Kriegswaffenfabrik in Herstal. Der Anlaß zum ersteren bestand darin, daß die Unternehmer sich weigerten, die Bestimmungen eines mit den gewerkschaftlichen Organisationen abgeschlossenen Kollektivabkommens einzuhalten. Der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Einführung einer Werksversicherung war der Grund für die zweite Arbeitseinstellung. Insgesamt wurden im Jahre 1928 324 654 Streiktage ausbezahlt, was einen Kassenaufwand von 3898182,63 Franken verursachte.

Infolge des fortgesetzten Ansteigens der Kosten für Lebenshaltung stand die Verbesserung der Löhne ständig im Vordergrund der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Auf Veranlassung des Ausschusses des Metallarbeiterverbandes hielten die paritätischen Landeskommissionen der Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrien wiederholt gemeinsame Sitzungen zur eingehenden Besprechung über Lohnerhöhungen ab, worauf Maschinenbau- und Süttenarbeitern im Laufe des Jahres 12 vH Erhöhungen gewährt wurden. Zurzeit sind Verhandlungen zwecks Gewährung einer gesamten Lohnerhöhung von 20 vH im Gange.

Zum Schluß veröffentlichen wir nachstehend die Forderungen des von der Leitung des belgischen Metallarbeiterverbandes aufgestellten Programms, zu deren Erfüllung der Kampf bereits begonnen hat:

1. Für Metallarbeiter folgende Minimallöhne nach dem Index 800:

für qualifizierte Facharbeiter	50	Franken	pro	Tag
„ gelehrte Arbeiter	45	„	„	„
„ Hilfsarbeiter	40	„	„	„
„ Arbeiterinnen	30	„	„	„
„ jugendliche Arbeiter	12	„	„	„
„ Arbeiterinnen gilt der Grundsatz: „Für gleiche Leistung, gleicher Lohn“.				

2. Einhaltung des Achtstundentages. 3. Gesetz über soziale Versicherungen, und zwar: a) Kranken- und Altersversicherung, b) Arbeitslosenversicherung, c) Familienunterstützungen. 4. Verbesserung der gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften. 5. Verbesserung der Organisation der Betriebsaufsichten. 6. Vergütung für Arbeiterferien. 7. Abschluß von Kollektivabkommen. 8. Entschädigung bei Arbeiterentlassungen.

Dieses Programm wurde den Unternehmern unterbreitet, welche erklärten, daß die Entscheidung über gewisse darin aufgeführten Forderungen ausschließlich den gesetzgebenden Körperschaften zustehe und sie (die Unternehmer) für die Erfüllung dieser Forderungen nicht zuständig seien. Was die übrigen Forderungen anbelange, so hänge deren Erfüllung weit mehr von der industriellen Lage ab. Da nun letztere für das Jahr 1929 vielversprechend ist, muß angenommen werden, daß im Laufe der nächsten Monate ein guter Teil unserer Forderungen erfüllt wird.

Frankreichs wirtschaftliche Entwicklung

Dr. J. Grünfeld (Berlin)

Die Strukturwandlung der französischen Volkswirtschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit kommt am deutlichsten in dem erheblich gesteigerten Tempo der Industrialisierung zum Ausdruck. Aus einem Industrie- und Agrarstaat, in dem der Landwirtschaft noch unmittelbar vor dem Kriege eine erheblich größere Bedeutung als der Industrie zukam, entwickelt sich Frankreich in der Nachkriegszeit allmählich zum Industriestaat. Das bekanntlich recht erhebliche französische Sparcapital suchte vor dem Kriege in überwiegendem Maße Anlage in anderen Ländern, insbesondere in Rußland, wo es daselbst die Industrialisierung stark förderte. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren wird das französische Kapital dem Ausbau und Wiederaufbau der heimischen Industrie stark dienstbar gemacht.

Bot die Inflation auch in Deutschland der Großindustrie die Möglichkeit, auf Kosten des Mittelstandes und der Volkersparrnisse den Produktionsapparat zu erweitern, so vollzog sich diese Entwicklung in Frankreich in besonders starkem Maße, da der Staat den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch innere Anleihen, die der Entwertung ausgesetzt wurden, finanzierte. Infolgedessen erfährt das Problem der gesteigerten Produktionskapazität bei gesunkener Kaufkraft und Einengung des Innenmarktes — ein Problem, um dessen Lösung im Interesse der Arbeitnehmer und Verbraucher die deutschen Gewerkschaften ringen — in Frankreich eine besondere Verschärfung.

Vollzieht sich eine Industrialisierung im Schnelltempo ohne halbwegs entsprechende Hebung der inneren Kaufkraft, so entsteht ein übersteigertes Exportbedürfnis, das beim heutigen Stand der internationalen Kartellierung vielfach durch Schleuderelexport auf Kosten der heimischen Verbraucher befriedigt wird. In Frankreich wird das durch die Industrialisierung gesteigerte Exportbedürfnis noch dadurch verschärft, daß ja auch die Erweiterung des Innenmarktes durch das natürliche Wachsen der Bevölkerung nicht oder in äußerst geringem Maße gegeben ist. Dies ist nicht nur die Folge eines stärkeren Geburtenrückganges, sondern auch einer verhältnismäßig viel stärkeren Sterblichkeit als in den anderen europäischen Ländern. Infolgedessen ist Frankreich das einzige europäische Land, das unter Menschenmangel, das heißt unter Arbeitermangel in Zeiten des Konjunkturaufschwunges in der Landwirtschaft und Industrie zu leiden hat. Bei sinkender Konjunktur macht sich auch drüben die Arbeitslosigkeit fühlbar, unter der aber in erster Linie die zugewanderten ausländischen Arbeiter, die einfach abgeschoben werden, zu leiden haben.

Für die ungünstige Bevölkerungsbewegung in Frankreich ist es sehr bezeichnend, daß man im Jahr 1913 auf dem heutigen erweiterten Gebiete 41,4 Millionen, im Jahr 1927 aber nur 40,9 Millionen Menschen zählte. Diese Zahlen beweisen, wie wenig auf Grund der bisherigen Bevölkerungsbewegung mit einer Erweiterung des Innenmarktes durch natürliche Zunahme der Bevölkerung zu rechnen ist. Für das gesteigerte Exportbedürfnis Frankreichs ist neben der zunehmenden Industrialisierung noch

ausschlaggebend, daß Elsaß-Lothringen den zollfreien Absatzmarkt in Deutschland eingebüßt hat, während eine Erweiterung der Aufnahmefähigkeit des französischen Marktes durch Hebung der inneren Kaufkraft ausbleibt.

Die Produktions- und Außenhandelsstatistik Frankreichs widerspiegelt denn deutlich das gesteigerte Exportbedürfnis. Das Statistische Reichsamt hat kürzlich ein sehr ausführliches Sammelwerk „Die Wirtschaft des Auslands 1900 bis 1927“ veröffentlicht (Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1928). In dieser sehr beachtenswerten statistischen Arbeit, die von der wissenschaftlichen Gruppe „Ausländische Wirtschaftsstatistik“ unter Leitung des Regierungsrates Dr. Nathan durchgeführt wurde, findet der deutsche Leser eine sorgfältig bearbeitete statistische Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs im letzten Vierteljahrhundert.

Während die Produktivität der Landwirtschaft in den Grenzen des Vorkriegsstandes sich bewegt, hat die industrielle Produktion einen großen Aufschwung erfahren. Die starke industrielle Entwicklung ist aus folgenden Meßziffern zu ersehen, wobei der Produktionsdurchschnitt von 1910 bis 1914 gleich 100 gesetzt ist:

Jahr	Kohle	Eisen- erz	Roh- eisen	Roh- stahl	Wauvit	Alu- minium	Blei	Zinn
1925	163	213	198	194	197	193	76	114
1926	176	236	219	218	161	221	82	132
1927	177	271	217	215	210	206	97	146

In Millionen Tonnen betrug die Kohlenenerzeugung im Jahr 1913 (einschließlich Elsaß-Lothringen) 40,1, im Jahr 1925 47, im Jahr 1926 51,4 und im Jahr 1927 51,7 Millionen Tonnen. Im Jahr 1928 betrug die Kohlenförderung (einschließlich Braunkohle) 52,4 Millionen Tonnen. Der recht erhebliche Fortschritt der französischen Kohlenindustrie ist größtenteils dem Wiederaufbau und der Modernisierung der im Kriege zerstörten Gruben der nördlichen Departements zu verdanken.

Ueber das ununterbrochene Anwachsen der Eisen- und Stahlproduktion seit 1921 geben folgende Zahlen Aufschluß:

Jahr	Monatsdurchschnitt		Jahr	Monatsdurchschnitt	
	Roh-eisen	Rohstahl		Roh-eisen	Rohstahl
1913 (einschl. El.-Lothr.)	750,0	582,0	1924	638,1	575,5
1921	280,1	258,6	1925	706,0	617,9
1922	427,2	372,5	1926	782,7	698,8
1923	441,6	414,7	1927	774,8	689,6

Wie man sieht, übersteigt sowohl die Roheisen- als die Rohstahlerzeugung auf dem heutigen französischen Gebiet dieselbe Vorkriegsproduktion in Frankreich und Lothringen zusammengekommen. In der Gesamtproduktion des Jahres 1928 wies Frankreich eine Zunahme der Roheisenerzeugung gegen das Vorjahr um 8,3 vH auf und in der Rohstahlerzeugung zeigte Frankreich die höchste Zunahme mit 13,0 vH.

Neben dem Bergbau und der Eisenindustrie haben namentlich die metallverarbeitenden Industrien und auch die chemische Industrie gegenüber der Vorkriegszeit sich stark entwickelt. Die fortschreitende Industrialisierung kommt in der Zunahme der Produktionsmittelindustrien auf Kosten der Konsumgüterindustrien zum Vorschein.

Während Frankreich vor dem Kriege Maschinen einführte, weist es in den Nachkriegsjahren eine bedeutende Ausfuhr von Maschinen und Werkzeugen auf, wobei die Nettoausfuhr mancher Maschinen die Nettoeinfuhr in den Nachkriegsjahren häufig erheblich übertroffen hat. Von 1913 auf 1927 ist die Einfuhr von Maschinen, Dampfkesseln und Maschinenteilen von 321 auf 260 Millionen Goldfranks zurückgegangen. Andererseits ist die Ausfuhr der Erzeugnisse der „mechanischen Industrie“ (Maschinen, Apparate, Automobile, Flugzeuge sowie Eisen- und Metallwaren) von 532 Millionen Goldfranks im Jahr 1913 auf 1295 Millionen Goldfranks im Jahr 1927, also um 143 vH gestiegen. Diese Ausfuhr soll gegenwärtig durchschnittlich den dritten bis vierten Teil der Produktion betragen. Einen besonders rapiden Aufschwung hat die Automobilindustrie durchgemacht, wie folgende Angaben beweisen:

Automobile (Personen- und Lastwagen)				
Jahr	Produktion	Ausfuhr	Einfuhr	Bestand an Kraftfahrzeugen
1921 . . .	55 000	—	—	289 288
1922 . . .	75 000	—	—	363 152
1923 . . .	110 000	—	—	447 915
1924 . . .	145 000	—	—	574 936
1925 . . .	177 000	63 769	16 411	721 306
1926 . . .	190 000	59 771	5 417	808 908
1927 . . .	190 000	51 983	5 227	949 196

In bezug auf den Automobilbestand nimmt Frankreich gegenwärtig neben den Vereinigten Staaten und England den dritten Platz ein. Die Ausfuhr, die zwischen dem dritten und vierten Teil der Produktion schwankt, wurde, wie die französische Fertigwarenausfuhr im allgemeinen durch die billigeren Herstellungskosten in den Inflationsjahren stark begünstigt.

Die Ausfuhr von Chemikalien zeigt eine recht erhebliche Zunahme von 351,0 Millionen Goldfranks im Jahr 1913 auf 635,9 Millionen Goldfranks im Jahr 1927, mengenmäßig von 1,2 Millionen Tonnen auf drei Millionen Tonnen.

Trotz des starken Aufschwunges der Produktionsmittelindustrien bleibt die Textilindustrie bei einem verhältnismäßig langsameren Entwicklungstempo die Stammindustrie Frankreichs, die etwa den dritten Teil der in der verarbeitenden Industrie beschäftigten Personen umfaßt und fast die Hälfte der Gesamtausfuhr an Fabrikaten liefert. Ihr Ausfuhrüberschuß zeigt die ganz erhebliche Steigerung von 1325,8 Millionen Goldfranks im Jahr 1913 auf 2868,7 Millionen Goldfranks im Jahr 1927.

Unter Berücksichtigung der elsfässischen Unternehmungen ist die Zahl der Spindeln gegenüber der Vorkriegszeit von 7,4 auf 9,3 Millionen und die Zahl der mechanischen Webstühle von 110 000 auf 180 000 gestiegen. Wie dadurch ein gesteigertes Exportbedürfnis bedingt wird, wurde bereits betont. Die Entwicklung des französischen Außenhandels nach den Hauptwarengruppen zeigt zunächst, daß der Anteil der Nahrungsmittelausfuhr von 21,6 vH im Jahr 1913 auf 26,3 vH der Gesamtausfuhr im Jahr 1927 gestiegen ist. Gleichzeitig betrug die Nahrungsmittelausfuhr im Jahr 1913 12,8, im Jahr 1927 aber nur 9,7 vH der Gesamtausfuhr. Der relativ

sinkende Anteil des landwirtschaftlichen Exportes bei einer absolut und relativ gestiegenen Nahrungsmittelaufuhr wieder spiegelt indirekt die Industrialisierung und wachsende Bedeutung des industriellen Exportes.

Auch die gesteigerte Rohstoffeinfuhr deutet auf die zunehmende Industrialisierung hin. Während der Anteil der Rohstoffeinfuhr an der Gesamteinfuhr im Jahr 1913 58,7 vH ausmachte, erhöhte er sich im Jahr 1925 auf 67,0, im Jahr 1926 auf 67,7 vH, um allerdings im Jahr 1927, das von Krisenerscheinungen und Absatzschwierigkeiten bereits betroffen wurde, auf 62,8 vH zu sinken, was immerhin noch gegenüber der Vorkriegszeit eine Steigerung von 4,1 vH bedeutet. Gleichzeitig zeigt auch die Rohstoffausfuhr eine Zunahme infolge der erheblichen Ausfuhr von Eisenerz und Brennstoffen.

Der gesteigerte Bedarf an ausländischen Rohstoffen hing in den ersten Nachkriegsjahren mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, dann aber mit der intensiven Industrialisierung zusammen. Infolgedessen zeigte die französische Handelsbilanz bis 1925 eine starke Passivität, während sie seit 1925 eine ansteigende Aktivität aufweist. Die aktive Handelsbilanz ist nunmehr das Ergebnis der stark gestiegenen Ausfuhr von Fertigfabrikaten.

Die sehr günstige Entwicklung der französischen Ausfuhr und Einfuhr von Fabrikaten geht aus folgenden Zahlen deutlich hervor:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrsaldo
1900	843,3	2254,7	1411,4
1913	1658,0	4130,9	3472,9
1925	1354,2	7426,1	6071,9
1926	1270,8	6349,0	5078,2
1927	1176,3	6723,0	5546,7

Wie man sieht, betrug die Ausfuhr der Fertigwaren im Jahr 1913 das zweieinhalbfache der Einfuhr, während sie im Jahr 1927 fast das sechsfache der Fertigwareneinfuhr ausmachte.

Diese Entwicklung bringt es mit sich, daß die übrigen europäischen Industrieländer nicht nur ihre Vorkriegsstellung auf dem französischen Markte vielfach eingebüßt haben, sondern daß sie auch mit der gesteigerten Konkurrenz Frankreichs auf dem Weltmarkt zu rechnen haben. Es kommt noch hinzu, daß die europäischen Exportländer bei der Belieferung des französischen Marktes einer gesteigerten Konkurrenz seitens der Vereinigten Staaten im Vergleich zur Vorkriegszeit gegenüberstehen. Die französische Außenhandelsstatistik zeigt denn auch, daß der Anteil Europas an der Einfuhr zugunsten der Vereinigten Staaten und auch Afrikas zurückgegangen ist. Letzteres hängt mit der wachsenden Bedeutung der französischen Kolonien als Abnehmer der Fertigwaren des Mutterlandes zusammen.

Der industrielle Aufschwung Frankreichs bestätigt die hochkapitalistische Tendenz der Nachkriegszeit zur Expansion auf Kosten der exproprierten Sparer und der Ausfuhrsteigerung auf Kosten der inländischen Verbrauchergruppen. Die dadurch verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt läßt das Problem der Hebung der Kaufkraft der europäischen Volksmassen besonders aktuell erscheinen.

Tschechoslowakische Industriestatistik

Josef Belina (Prag)

Bisher gab es in der Tschechoslowakei keine eigentliche Statistik über die Industrie, da die Unternehmer die betreffenden Daten als ihr Geheimnis betrachteten, das eine weitere Öffentlichkeit nichts angehe. Da es aber doch auf die Dauer nicht anging, daß der neben Deutschland, Belgien und Luxemburg industriereichste Staat des Kontinents keinerlei amtliche Darstellung der Ausdehnung der einzelnen Industriezweige besaß, folgte nun endlich das Statistische Staatsamt dem allgemeinen Drängen der Öffentlichkeit und hat nunmehr als erstes Ergebnis seiner Arbeit eine zusammenfassende Industriestatistik für das Jahr 1926 herausgegeben.

Nachdem eine allgemeine Betriebszählung nicht vorliegt, war das Statistische Staatsamt gezwungen, sich die Daten auf indirektem Wege zu beschaffen und es tat dies vor allem über die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten in Prag, Brünn und Pilsen. Die Angaben wurden dann durch Erhebungen bei den Industriellenverbänden ergänzt, säumige Betriebe, welche die Fragebogen nicht rechtzeitig einsandten, durch die Behörden zu den erwünschten Mitteilungen aufgefordert. So kam ein ziemlich lückenloses Bild zustande, welches sich vorläufig auf nachstehende Industriezweige bezieht:

- | | |
|--|-------------------------|
| 1. Kohlengruben, Erzbergbau, Kokereien
und Brickettwerke, | 4. Textilindustrie, |
| 2. Metall- und Eisenindustrie, | 5. Lederwarenindustrie, |
| 3. Musikinstrumentenindustrie, | 6. Gummiwarenindustrie. |

Die Erhebungen betrafen sowohl die Zahl der Beschäftigten einschließlich der Betriebsingenieure, jedoch ohne das Büropersonal und die in Verwendung stehenden motorischen Antriebskräfte, die in drei Gruppen geteilt wurden: 1. Motoren, welche mechanische Energie produzierten, die direkt zum Antrieb verwendet wurde (Dampfmaschinen usw.); 2. Motoren, welche mechanische Energie erzeugten, die dann in elektrische Kraft umgewandelt wurde, und schließlich 3. Elektromotoren. In Betracht gezogen wurden alle Betriebe, welche ständig mindestens 18 Arbeiter beschäftigen, um so eine wirkliche Industriestatistik zu erhalten. Aus diesem Grunde wurde auch die Heimarbeit nicht aufgenommen, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, welche ihre Erfassung bietet.

Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die einzelnen Industriezweige folgende Zahlen von Betrieben und Beschäftigten umfassen:

	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1. Bergbau und Kokereien	346	116 341
2. Eisen- und Maschinenindustrie	1338	207 901
3. Musikinstrumente	74	3 112
4. Textilindustrie	1817	294 098
5. Leder- und Schuhindustrie	306	30 194
6. Gummiindustrie	15	1 999

Die Textilindustrie beschäftigt also die weitaus meisten Arbeiter.

Das Bild, welches die Eisen- und eisenverarbeitende Industrie bietet, wird durch die zahlreichen Kleinbetriebe, die der Metallverarbeitung dienen, stark getrübt. Es bestehen hier 639 Industriebetriebe mit 103 919 Arbeitern, so daß auf einen Betrieb 162 Arbeiter entfallen, in der Maschinenindustrie wurden 643 Betriebe mit 101 524 Arbeitern gezählt, so daß der Durchschnitt auf 158 sinkt; schließlich gibt es 56 metallindustrielle Hilfsbetriebe mit 2458 Arbeitern.

Interessant ist die Verteilung der Beschäftigten auf männliche, weibliche und jugendliche Kräfte. Natürlich ist der Prozentsatz der weiblichen Arbeiter in der Textilindustrie weitaus am größten.

Indessen ist auch die Zahl der in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen größer, als man gemeinhin annimmt, besonders groß ist ihr Anteil an den Jugendlichen. Die Verhältnisse stellen sich hier folgendermaßen dar:

	Zahl der beschäftigten							
	Männer	vH	Frauen	vH	männl. Jug. bis 16 Jahren	vH	weibl. Jug. bis 18 Jahren	vH
Eisen und Eisenwaren	88890	85,5	15029	14,5	4711	5,3	2399	16,0
Maschinenindustrie	94727	93,6	6797	6,7	7660	8,1	921	13,6
Reparaturwerkstätten	2286	93,0	172	7,0	304	13,3	19	11,0

Den stärksten Prozentsatz weiblicher Kräfte weist die Erzeugung von Galanterie- und Bijouteriewaren auf, nämlich durchschnittlich 43,5 vH, dann die Emailindustrie mit 29,2 vH, die elektrotechnischen Betriebe mit 26,2 vH, die Erzeugung physikalischer Instrumente mit 19,8 vH, die Erzeugung von Eisen- und Messingmöbeln mit 17,1 vH, die Eisen- und Metallwarenerzeugung mit 16,7 vH, während in den übrigen Zweigen der Metallindustrie der Anteil der Frauenarbeit 10 vH nicht erreicht. Die Steigerung der Rationalisierungstendenzen bewirkt freilich ein starkes Ansteigen der Verwendung weiblicher Hilfskräfte. So haben zum Beispiel die bekannten Stodawerke in Pilsen im Vorjahre die Zahl der beschäftigten Frauen um rund 150 vH gesteigert, während die Gesamtbelegschaft nur um etwa 50 vH stieg.

Im einzelnen verteilt sich die tschechoslowakische Eisen- und Maschinenindustrie wie folgt:

Industriezweig	Zahl der Betriebe	Arbeiter zusammen	davon	
			Männer	Frauen
Eisen- und Stahlwerke	39	46774	45683	1091
Sonstige Metallerzeugung	11	2323	2236	87
Eisen- und Metallwarenerzeugung	382	29693	24742	4951
Galanterie- und Bijouteriewaren	162	12322	6956	5366
Emailwaren	22	11143	7894	3249
Eisen- und Messingmöbel	23	1664	1379	285
Maschinen-, Lokomotiven- und Waffenfabriken	270	53901	52128	1773
Landwirtschaftliche Maschinenfabriken	105	10657	10539	118
Werkzeugmaschinen	48	3063	2984	79
Textilmaschinen	33	3125	2935	190
Transportmittel	27	7167	6962	205
Automobile und Flugzeuge	10	6874	6639	235
Physikalische und chirurgische Apparate	41	2888	2315	573
Elektrotechnische Betriebe	109	13849	10225	3624

Im Bergbau ist die Zahl der beschäftigten Frauen gering, sie betrug 3221 oder 2,9 vH aller Beschäftigten, davon waren 154 unter 18 Jahren, männliche Jugendliche unter 16 Jahren gab es 1467.

Die Motorisierung ist natürlich weitaus am stärksten in der Eisen- und Maschinenindustrie zu verzeichnen. Von 639 erfaßten Betrieben der Eisen- und eisenverarbeitenden Industrie besaßen 631 etwelche motorischen Antriebsmittel, und zwar handelt es sich zumeist um Elektromotoren. Die ganze Gruppe umfaßte:

186 Wasserturbinen mit 12440 PS	40 Gasmotoren mit 27454 PS
358 Dampfturbinen " 134295 "	1 anderen Motor " 20 "
32 Ölmotoren " 979 "	12921 Elektromotoren " 348555 "

Weitaus der größte Teil entfällt natürlich auf die Eisen- und Stahlwerke, die unter anderm 189 Dampfturbinen mit 105 744 PS aufweisen, ferner 18 Gasmotoren mit 26 545 PS und 8723 Elektromotoren mit 309 821 PS. Einen nennenswerten Anteil an den motorischen Kräften weist auch die Eisen- und Metallwarenerzeugung auf, wo 91 Dampfturbinen mit 9477 PS und 2606 Elektromotoren mit 23 622 PS in Betrieb standen, während die übrigen Zweige dieser Industriegruppe nur einen verhältnismäßig geringen Anteil haben. In der Maschinenindustrie standen folgende Kraftmaschinen in Verwendung:

81 Wasserturbinen mit 1782 PS	28 Gasmotoren mit 778 PS
235 Dampfturbinen " 50137 "	3 andere Motoren " 32 "
46 Ölmotoren " 1763 "	13872 Elektromotoren " 129 849 "

Den größten Anteil beanspruchen hier die allgemeinen Maschinenfabriken (darunter Lokomotiven und Waffen) mit 38 Wasserturbinen und 1048 PS, 114 Dampfturbinen und 35 717 PS, 29 Ölmotoren und 1385 PS, 13 Gasmotoren und 354 PS, schließlich 7876 Elektromotoren und 91 478 PS. Überraschend gering ist der Anteil der Werkzeugmaschinenfabriken, die an nennenswerten Kraftmaschinen 15 Dampfturbinen mit 1158 PS und 232 Elektromotoren mit 1631 PS besitzen. Die Automobilindustrie wies 6 Dampfturbinen mit 3595 PS und 621 Elektromotoren mit 5548 PS auf, die Transportmittelfabrikation 18 Dampfturbinen mit 3867 PS und 697 Elektromotoren mit 6103 PS. Schließlich sind noch die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken mit 51 Dampfturbinen und 3760 PS sowie mit 800 Elektromotoren und 5179 PS zu nennen. Im allgemeinen ist zu sagen, daß die tschechoslowakische Maschinenindustrie keineswegs besonders gut technisch ausgerüstet ist und wenngleich sich seit 1926 sicherlich eine gewisse Besserung einstellte, ist immer noch viel einzuholen. Das zeigt sich besonders drastisch bei der Verteilung der Antriebskräfte auf die einzelnen Industriegebiete. In der Eisen- und eisenverarbeitenden Industrie umfaßt allein das Witkowißer Gebiet, wo sich die großen Eisenwerke befinden, nahezu 200 000 PS, Prag und Umgebung etwa 70 000 PS (darunter sind die großen Werke der Prager Eisen- und der Poldihütte), Komotau etwa 20 000 PS (Mannesmann und Poldihütte), Rothau-Neudeck (Eisenwerke Pöchl), Bodenbach und Umgebung (Kupferwerke Böhmen, Chaudoir und Krizik) und schließlich Bobrořova in der Slowakei (staatliche Eisenwerke) je etwa 10 000 PS, so daß auf alle anderen Betriebe etwa 200 000 PS übrigblieben.

In der Schwereisenindustrie ist natürlich die Motorisierung ziemlich weit fortgeschritten, in der Maschinenindustrie sind demgegenüber die Dinge lange nicht so günstig. Hier weist Pilsen (Skodawerke) etwa 50 000 PS auf, Prag (böhmisch-mährische und andere Maschinenfabriken) 25 000 PS, Brünn (Erste Brünnner Maschinenfabrik, Waffenfabrik) etwa 10 000 PS, während sich die restlichen 95 000 PS auf das ganze übrige Land verteilen; darunter entfallen je rund 5000 PS auf Bodenbach (Emailbetriebe), Königgrätz (Skodafiliale) und Nesselsdorf (Tatra-Automobilwerke und Waggonfabrik).

Im Bergbau ist die Verteilung der Kraftmaschinen noch mehr zersplittert. Einzig im Mährisch-Osttrauer-Wittowitzer Steinkohlenrevier etwa 150 000 PS konzentriert (von insgesamt 324 026 PS), der Rest verteilt sich auf das nordwestböhmische Braunkohlenrevier, die Steinkohlenreviere und Erzgruben von Mladno, Pilsen und Kossitz und schließlich auf einige kleinere Kohlen- und Erzgruben in der Slowakei.

Ähnlich geht es in der Textilindustrie, wo nur Brünn 15 000 PS aufweist, während die übrigen 360 000 PS auf das starke nordböhmische Textilgebiet, teilweise auch auf Nordmähren zersplittert sind.

Beachtlich ist das starke Vordringen der Maschinenkraft in die Leder-, und da besonders in die Schuhwarenindustrie. Von den 27 000 PS, mit denen die Gesamtindustrie arbeitet, besitzt der Schuhmonopolist Bata in Zlín allein 5000 PS, von den 8936 PS, die in der Schuhindustrie Verwendung finden, bedeutet das nahezu 60 vH.

Jrgendwelche Rückschlüsse auf die Entwicklung der Industrie in der Tschechoslowakei sind natürlich aus diesen erstmalig vorliegenden Ziffern nicht zu ziehen. Das wird man erst vergleichend dann tun können, wenn die statistische Bearbeitung fortgesetzt wird. Im Jahre 1928 ist zum Beispiel eine ganz wesentliche Steigerung in der Zahl der Beschäftigten eingetreten, was schon aus den Ziffern über die bei der Zentral-Sozialversicherungsanstalt angemeldeten Arbeiter hervorgeht. Danach ist ihre Zahl von rund 2 Millionen auf 2,6 Millionen, also um 30 vH gestiegen, obzwar durch die Änderung der Bestimmungen über die Versicherungspflicht der Kreis der der Versicherung unterliegenden Personen erheblich kleiner geworden ist.

Für die Metallarbeiter ergeben sich aber auch aus dieser Statistik ganz beachtliche Erkenntnisse: von den rund 208 000 in der Eisen- und Maschinenindustrie beschäftigten Arbeitern (ganz abgesehen von den mindestens 100 000 Arbeitern des Kleingewerbes) sind in den beiden unserer Internationale angeschlossenen Metallarbeiterverbänden nur rund 90 000, also nicht einmal die Hälfte organisiert. Das ist zweifellos eine Folge der in der Tschechoslowakei herrschenden Organisationszersplitterung, welche es zahlreichen Arbeitern ermöglicht, der Organisation unter allen möglichen Ausreden fernzubleiben, wobei sie freilich an den Erfolgen der Organisationsarbeit stets teilzunehmen wünschen. Es wird harter Arbeit bedürfen, um die sichtbar gewordenen Lücken zu schließen und eine der wesentlichsten Voraussetzungen zu gedeihlicher Wirksamkeit wäre der endliche Zusammenschluß der beiden freigewerkschaftlichen Verbände.

Umschulung oder Umsiedlung brachliegender Arbeitskräfte

E. S a n g e n b e r g (Bielefeld)

I.

Das fortlaufende Ausscheiden oft noch hochwertiger Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß, meist ohne die Aussicht, sie bald wieder unterbringen zu können, ist eine der auffallendsten Nebenerscheinungen der Rationalisierung. Wie diese selbst, sind auch die Folgen nicht auf Deutschland beschränkt, sondern stellen eine internationale Kalamität dar. Haben doch schon frühere Aufzählungen den Beweis erbracht, daß selbst in Amerika, den Vereinigten Staaten, einem Land, das fast unbeschränkte Ausdehnungsmöglichkeiten und reichste Bodenschätze besitzt, die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes nach der beendeten Rationalisierung derart gering ist, daß Millionen Menschen keine geregelte Arbeit mehr finden.

Ganz im Gegenteil steht einer verminderten Belegschaftsziffer eine steigende Produktion gegenüber, was es für die Erwerbslosen doppelt schwierig macht, wieder in die Fabriken zu kommen. Leidet schon Amerika unter diesen Erscheinungen, so verschärfen sich dieselben in den überbevölkerten zusammengedrängten Industriestaaten der alten Welt. Am schwersten und nachhaltigsten fühlt mit Deutschland wohl das britische Inselreich den Druck eines permanenten Arbeitslosenheeres. Schon seit der englischen Demobilisierung besteht dieses Heer, die verschiedenen Regierungen haben der Reihe nach versucht, die Lage zu verbessern. Es half wenig, denn die Verfallerscheinungen des Kapitalismus können nicht durch Heilpflasterchen behoben werden. Als solches hat sich die anfangs mit so viel Hoffnung unternommene Umschulung brachliegender Arbeitskräfte erweisen müssen. Wenn auch eine ganze Anzahl Arbeiter in den „neuen Industrien“, der Kunstseide-, Elektroindustrie und — weil in England vor dem Krieg wenig entwickelt — in den Farbstoffwerken untergebracht werden konnte, so machte anderseits die in den letzten Jahren, zumal nach dem Bergarbeiterstreik in den Kohlenminen einsetzende Rationalisierung die kärglichen Ergebnisse der kostspieligen Umschulung fast illusorisch. Berufe, die unter Arbeitermangel litten, gab es nicht mehr, neue Märkte, neue Industrien wurden nicht aufgeschlossen, eher das Gegenteil.

Die englische Kohle, einst das gefuchteste Produkt, weil die hochwertigste Dampfkohle (Feuerungskohle), erwies sich den modernen Forderungen fortschreitender Technik, als da sind: Kohleverflüssigung, Ausnutzung der wertvollen Nebenprodukte, als der deutschen Kohle unterlegen. Einer der besten und zuverlässigsten Abnehmer ungeheurer Mengen von Bunkerkohlen, die englische Kriegsflotte, ging mit systematischer Beschleunigung zur Delfeuerung über, dazu Rationalisierung, Folgen des Streiks, kurzum, über 200000 Bergarbeiter fanden, wie bekannt, keine Arbeit in ihrem Berufe mehr. Ähnlich die Textilindustrie, wo das wertvolle Absatzgebiet Indien durch Entwicklung einer selbständigen Industrie dort ganz verloren ging und das Gebiet China durch die politischen Ereignisse, Boykott der britischen Waren, ebenfalls erheblich weniger aufnahm als früher. Nicht

besser erging es der Metallindustrie, wo sich die Uebersetzung der Welttonnage in starkem Rückgang der für England so wichtigen Schiffbauindustrie auswirkte. Nur ein Viertel der englischen Hochöfen befinden sich noch in Betrieb. Eineinhalb bis zwei Millionen Menschen sind mit geringen Schwankungen dauernd außer Arbeit, für das kleine britische Inselreich eine gewaltige Anzahl. Doch das mächtige britische Imperium hat in seinen Kolonien und Dominions noch weite Gebiete, die gern bereit sind, Menschen aufzunehmen. Dennoch ist es eine Ironie des Schicksals, daß in dem Geburtsland des modernen Kapitalismus, des Manchesterturns, sich dieser selbst als unfähig erweist, eine geregelte Arbeitsmöglichkeit für Millionen Menschen zu schaffen. Allerdings hat Karl Marx, der ja in London lebte, mit kritischem Scharfblick diese Entwicklung bereits vorausgesehen. Als letzten Ausweg aus dem Dilemma wissen sich die kapitalistischen Beauftragten der Regierung Englands nicht anders zu helfen, als die eigenen Volksgenossen in andere Länder abzuschieben. Womit das innere Problem der Erwerbslosigkeit zwar nicht behoben, aber hinausgeschoben wird. Angesichts der Tatsache, daß sich die Entwicklung unserer Industrie sowie die Nebenerscheinungen der Rationalisierung in ähnlichen Bahnen wie in England vollziehen, gewinnen die Lösungsversuche der englischen Regierung unsere Aufmerksamkeit.

Von den in Aussicht genommenen Ländern dürften sich besonders die Dominions Kanada, Australien und Südafrika als die sowohl in technischer als auch klimatischer Hinsicht am günstigsten gelegenen erweisen. Von diesen dreien gewinnt Kanada die meiste Beachtung, vor allem wegen seiner relativ nahen Lage zu Europa. Der Seeweg nach Australien ist weit und sehr kostspielig, beträgt in der dritten Klasse bereits 360 Dollar. Nach Kanada werden nur 118 Dollar benötigt, ein Unterschied, der bei Verschiffung einer großen Menschenmenge sehr ins Gewicht fällt. Bereits im Vorjahre wurden von der englischen Regierung namhafte Summen bereitgestellt und ein großzügiges Schema zur Umschulung der brachliegenden Arbeitskräfte aufgestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde den am härtesten betroffenen Bergbaurevieren zugewandt. Die Leute wurden in Lagern oder auf großen Gütern untergebracht und erhielten systematische Ausbildung in Landwirtschaft und Viehzucht, schon unter Berücksichtigung kanadischer Boden- und Klimaverhältnisse. Die Familien der auszubildenden Männer erhalten eine erhöhte Unterstützung bis zur Beendigung der Lernzeit. Nach Beendigung derselben, die meist mit dem Beginn der für die Auswanderung günstigsten Jahreszeit, den Monaten März bis Mai, zusammenfällt, werden die Ausgebildeten mit ihren Familien auf die Schiffe gebracht und nach Kanada befördert. Ein bis zwei Jahre arbeiten sie drüben bei den Farmern gegen Lohn. Wenn sie dann eine Summe Geld gespart haben, gewährt ihnen die englische Regierung einen Zuschuß bis zu 100 Pfund (2000 Mk.), wozu ein gleich hoher der kanadischen Regierung kommt. So ist ihnen nunmehr die Möglichkeit gegeben, sich Land zu kaufen und selbständige Farmer zu werden. In diesem Frühjahr, mit dem Eintritt der warmen Jahreszeit, werden wieder große Mengen Auswanderer die britischen Inseln verlassen.

Das Land, welches ihre neue Heimat werden soll, ist in vieler Hinsicht geeignet, dies in idealer Weise zu werden, wenn auch mit Einschränkungen. Gleich den Vereinigten Staaten sich vom Atlantischen bis Stillen Ozean ausdehnend, gibt ihm die ausgedehnte Küste die Gewähr, daß es jederzeit an dem steigenden Weltverkehr in stärkstem Maße teilnehmen kann. Und dies wird Kanada in den kommenden Jahren tun, denn seine Entwicklung befindet sich in immer schneller wachsendem Tempo. Das Land verfügt über ungeheure Bodenschätze, über gleich große Rohstoffquellen und über bis heute kaum nennenswert in Anspruch genommene immense Wasserkräfte. Die Hauptproduktion des Landes ist die landwirtschaftliche, in erster Linie Weizen. Im vergangenen Jahre erntete Kanada 550 Millionen Bushel Weizen. Ungefähr seit dem Jahre 1924 hat sich Kanada von der gedrückten Lage der Nachkriegszeit erholt, hat in steter Arbeit seine industrielle und landwirtschaftliche Produktion aufgebaut mit dem Resultat, daß die letztere im vergangenen Jahre die Höhe von 1,735 Milliarden Dollar erreichte. Ein weiterer äußerst wichtiger Artikel, den Kanada produziert und ausführt, ist Holz und seine Verarbeitungsprodukte — Zellulose (Zellstoff), Zeitungspapier —, von welchem letzterem allein an die Vereinigten Staaten im letzten Jahre für über 120 Millionen Dollar verkauft wurde. Die ungeheuren Wälder des hohen Nordens von Kanada, Wälder, in denen nie ein Mensch bis heute gegangen ist, geben ihm Gewähr, auf lange Jahre ein reiches Lager dieses für die moderne Technik so wertvollen Rohmaterials zu besitzen.

Aus den obigen Zahlen geht aber auch eine andere Tatsache deutlich hervor, nämlich, daß für den kanadischen Arbeitsmarkt in erster Linie landwirtschaftliche Kräfte in Frage kommen. In der Tat besteht wenig Aussicht für den Einwanderer, beispielsweise den Metallarbeiter, als solcher drüben in Fabriken Stellung zu finden. Das Land ist es, welches Arbeitskräfte sucht, die aber, im Gegenteil zu unseren deutschen Verhältnissen, auch anständig bezahlt werden. Natürlich richtet sich die Bezahlung nach der Saison. Während für Erntearbeiter vier bis sechs Dollar bei freier Verpflegung und Unterkunft pro Tag bezahlt werden, heißt es wiederum in den Wintermonaten mit 20 bis 30 Dollar pro Monat auszukommen. Doch tun dies nur wenige der ledigen Arbeiter, die meisten wenden sich nach Beendigung der Ernte der zweiten Hauptindustrie, der Holzfällerei und Bearbeitung zu. Dieselbe beginnt, wenn die Erntezeit aufhört, mit dem Einbruch des Winters. Große Anforderungen werden dabei an den Körper gestellt. Nicht jedermanns Sache dürfte es sein, bei der in den hoch im Norden gelegenen Urwaldgebieten fast arktischen Kälte zu arbeiten. Unterkunft muß er mit 20 bis 30 Kameraden in einer viel zu kleinen Blockhütte suchen, die den Schlaf- und Speiseraum für sie alle darstellt. Bricht einer der gefürchteten Schneestürme los, heißt es oft tagelang in dem verqualmten Raum zu hocken, abgeschnitten von aller Zivilisation, ohne geistige Anregung, wenn man nicht das von den Holzfällern leidenschaftlich betriebene Glücksspiel als solche gelten lassen will. Vielleicht tut man gut, sich für die ersten Jahre von den alten Gewohnheiten der Heimat loszusagen, wenn man in einem Lande wie Kanada sein Glück machen will.

Verelendungstheorie und Arbeiterschutz

Walter Ludwig (Breslau)

Die letzten Auseinandersetzungen über das Arbeiterschutzgesetz zeigten erneut die arbeiterfeindliche Einstellung der reaktionären Parteien, gleichzeitig aber auch die gleiche Ignoranz der kommunistischen Partei, wie bei der Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Arbeitslosenversicherung. Sieht man von agitatorischen Gesten, der Aufstellung unerfüllbarer und somit unpolitischer Forderungen ab, so ist dahinter eine prinzipielle Stellungnahme unverkennbar: eine Bewertung der Situation der Arbeiterklasse, die auf der Verelendungstheorie fußen soll, nach welcher die kapitalistische Wirtschaftsordnung die lohnarbeitende Klasse in immer größeres Elend bringt. Eine solche, angeblich von Marx aufgestellte Theorie wurde von Utopisten, radikalen Politikern und bürgerlichen Ökonomen vertreten. Gerade Karl Marx war es, der einer solchen starren Gesetzmäßigkeit, wie sie am schärfsten in der Malthus'schen Theorie (die Bevölkerung wächst weit schneller, als der ihr zur Verfügung stehende Nahrungsmittelspielraum) zum Ausdruck kam, entgegentrat. Sein Verdienst war es, darauf hingewiesen zu haben, daß hier kein unabänderliches Naturgesetz obwaltet. Er unterscheidet zwischen absoluter und relativer Verelendung. Absolute Verelendung kennt nur ein fortwährendes Sinken der Lebenshaltung des Arbeiters, also eine immer größer werdende Verschlechterung seiner Lage. Relative Verelendung mißt sich dagegen an dem jeweils bestehenden Reichtum der kapitalistischen Klasse. Trotz Erhöhung des Realeinkommens kann im Verhältnis zu den eingebrachten Profiten und der Lebenshaltung der Kapitalistenklasse eine Verschlechterung möglich sein.

Ist es möglich, solcher Verelendung wirksam entgegenzutreten? Sind, praktisch gesprochen, die Arbeiter etwa durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien imstande, ihre Lage auf die Dauer hin spürbar zu verbessern? Marx und Engels glaubten in ihren Frühschriften („Kommunistisches Manifest“ und „Heilige Familie“), dies verneinen zu müssen. Deutlich geht dies aus einem Aufsatz aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ hervor (drei Jahre nach Erscheinen des „Kommunistischen Manifestes“): „... und so liegt die einzige Lösung der Beinhundenfrage, wie aller Fragen, die auf dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit beruhen, in der proletarischen Revolution“.

Daß aber eine solche Auffassung noch von ihnen selber revidiert wurde, das beweist nicht nur der Satz der Inauguraladresse der Internationale, daß der Beinhudentag der „Sieg eines Prinzips“ ist, sondern geht auch eindeutig aus Marx' Hauptwerk, dem „Kapital“ hervor. Nach tiefer und gründlicher Erkenntnis der kapitalistischen Wirtschaft und besonders nach den Erfahrungen einer ungewöhnlich langen Dauer der wirtschaftlichen Prosperität legt dann Marx dem Arbeiterschutz eine weit positivere Bedeutung bei. Die veränderte Produktionsweise und die ihr entsprechend veränderten sozialen Verhältnisse der Produzenten schaffen eine maßlose Überschreitung des Arbeitstages. Der Ruf nach einer gesellschaftlichen Kontrolle wird laut, den Arbeitstag gesetzlich zu beschränken. Inwieweit nun Marx schon damals mit dem modernen Arbeiterschutz rechnete, zeigt sich in seiner im „Kapital“ erhobenen Forderung der Fabrikgesetzlichkeit: „Zum Schutze gegen die

Schlingen ihrer Qualen müssen die Arbeiter die Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges, gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.“

Schon in den ersten Programmen der deutschen Sozialdemokratie, die noch stark unter Marx' Einfluß geschaffen worden sind (Eisenach 1869, Gotha 1875), also Jahrzehnte vor dem Aufkommen reformistischer Theorien, stehen Forderungen, wie: Einführung eines Normalarbeitstages, Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit, Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, Überwachung der Werkstatt usw. Daß solche Forderungen nicht agitatorische Rhetorik waren, geht deutlich aus den „Randglossen“ hervor, die Marx zum Gothaer Programm schrieb, wo er sich u. a. kritisch gegen die noch allgemein gehaltenen Forderungen wendet und besonders eine nüchterne Fixierung des Normalarbeitstages fordert. So sind hier schon die Aufgaben der Gewerkschaften vorgezeichnet, die schon von Marx als die „Preisfechter der Arbeiterklasse“ bezeichnet wurden.

Also Schutz der Arbeiterschaft — soweit er im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist — als Sicherung vor allem gegen ein Herabsinken in ein widerstandsloses Lumpenproletariat. Kampf gegen Verelendung aber auch zur Klassenkampfschulung und Disziplinierung des Proletariats. Das waren die Hauptgründe des Altmeisters des wissenschaftlichen Sozialismus. Mit Absicht ist hier besonders die Stellung von Marx zum Arbeiterschutz dargelegt worden, weil gerade er immer als der Vertreter einer mechanisch wirkenden Verelendungstheorie bezeichnet wird. Manch andere wirtschaftliche und politische Gründe, die für die Einsetzung der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft sprechen, sind deshalb außer acht gelassen worden.

Grundsätzlich besteht seit einem halben Jahrhundert die Forderung nach wirksamstem Arbeiterschutz. Die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften und des Arbeitsrechts ist ein durch die politische Umgestaltung von 1918 bedingter weiterer Erfolg der alten Forderung des Arbeiterschutzes. Solche Kämpfe zu ignorieren oder als unwesentlich zu betrachten, ist entweder billige Agitation oder resultiert aus einer längst widerlegten Auffassung der Verelendungstheorie.

...

Die psychische Hygiene und die Arbeiterklasse

M. Kantorowicz (Berlin)

Die Entwicklungstendenz der heutigen Betriebsrationalisierung, vom Taylorsystem angefangen bis zum Fordismus und Bedauxsystem, geht dahin, daß, um das geflügelte Sombartsche Wort zu gebrauchen, der Industriearbeiter, bevor er angestellt wird, seine Seele in der Garderobe des Betriebes zurücklassen muß: „Seine Einstellung erfolgt ganz schematisch, sein Name wird in das Aufnahmebuch oder in die Arbeiterstammrolle eingetragen und verschwindet hier, um als Nummer wieder zu erscheinen; der Arbeiter hört auf, Person zu sein und wird Nummer; unter einer Nummer wieder während seiner Beschäftigung im Betriebe geführt (sogen. Markennummer). Er wird

ärztlich untersucht und „getestet“, an Apparaten mechanisch auf seine „Eignung“ geprüft. Zum äußeren Zeichen, daß er nicht mehr Person ist, legt er seine Zivilleider ab und schlüpft in die Anstaltskleider. Innerhalb des Betriebes fällt jede persönliche Beziehung zwischen Unternehmer und Arbeiter, Aufsicht und Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter fort. Dieser Vergeistigungsvorgang vollzieht sich dadurch, daß an die Stelle menschlicher Beziehungen „Systeme“ treten...“

Dieses System nimmt dem Arbeiter die gesamte „Denkarbeit“ ab, um sie einem Arbeitsbüro zu übertragen. Dieser auf den ersten Blick vereinfachte Arbeitsprozeß birgt in sich psychische Gefahren, die bei einer längeren Arbeitszeit zu einer Verstumpfung, ja zu einer Degeneration führen können. Aber schon bei der verkürzten Arbeitszeit ruft die heutige Arbeitsweise Ermüdungsprozesse hervor, die man leider vielfach zu unterschätzen pflegt. Die Wissenschaft ist bis jetzt mehr dem Problem der Muskelermüdung nachgegangen. Diese an sich wichtige Aufgabe sollte jedoch keineswegs das Problem der reinen psychischen Ermüdung verdrängen, das von ungeheurer Wichtigkeit ist. Die monotone Arbeit innerhalb von 8 Stunden und mehr, während deren der Arbeiter sich krampfhaft dem fließenden Band anpassen muß, wirkt psychisch mehr auf ihn, als die komplizierte Arbeit eines Handwerkers alten Schlages. Richard Seidel hat vor einigen Jahren diesen ganzen Problemenkomplex in einer sehr instruktiven Abhandlung über „Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses“ („Die Gesellschaft“, Juliheft [1926] S. 13 ff.) eingehend untersucht, wobei er mit Recht hervorgehoben hat, daß der Ermüdungsprozeß beim Arbeiter schon vor dem Eintritt in die Fabrik durch den langen Weg von der Wohnung bis zur Arbeitsstätte anfängt. Kommt der Arbeiter nach der Vollendung der Arbeit nach Hause, so ist er nur selten infolge der Wohnungs- und Ernährungsnot in der Lage, sich völlig zu entspannen, um am nächsten Morgen seine Arbeit frisch zu beginnen. Diese Tatsache ist ja bekannt. Sie scheint aber leider selbstverständlich zu klingen und man spricht deshalb davon viel zu wenig. Dabei hat schon vor etwa drei Jahrzehnten der Gießener Psychiater Prof. Robert Sommer darauf hingewiesen, daß die Gefahren, die durch Ermüdungsstoffe hervorgerufen werden, sehr groß sind. Sie bilden Ursachen vieler Nerven- und psychischer Krankheiten, ja sie vergiften oft Keimzellen, so daß Degenerationserscheinungen ebenfalls damit verbunden sein können. Diese Befürchtungen können aber behoben werden, wenn wir rechtzeitig entsprechende Maßnahmen anwenden. Von diesen sind vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit, gesteigerte Reallohne, die Lösung der Wohnungsfrage, die hygienische Verbesserung der Arbeitsräume usw. zu nennen. Damit ist aber eine Lösung noch nicht erreicht. Mit Recht sagt Richard Seidel in der vorhin erwähnten Abhandlung, daß das Arbeitsverhältnis allgegenwärtig im Leben des Arbeiters ist. „Wie der Weg zur Arbeitsstätte zur effektiven Arbeitszeit hinzugerechnet werden muß, weil der infolge dieses Weges bewirkte Kräfteverbrauch die in der effektiven Arbeitszeit zur Verfügung stehenden psychischen Kräfte des Arbeiters um ein gewisses Maß verringert, so sind Erholung und Schlaf schließlich nur Vorbereitung und Kräftigung zu neuer Arbeit. Bei den Untersuchungen über die vorteilhafteste Dauer der täglichen Arbeitszeit stellen daher alle Autoren —

ausgenommen die im Interesse der Unternehmer tätigen — die Wirkung von ausgiebiger Ruhe und zweckmäßig ausgenutzter Erholungszeit für die Leistung während der Arbeitszeit in Rechnung. Der Unterschied zwischen Arbeitszeit und Erholungs- und Ruhepause schrumpft also schließlich dahin zusammen, daß man sagen kann, das Arbeitsverhältnis befindet sich während der Arbeitszeit im aktiven, zur Zeit der Erholung und Ruhe im latenten Zustande.“

Gerade das Erholungsproblem hat Robert Sommer in den Vordergrund seiner psychischen Hygiene gestellt. Er hat nämlich darauf hingewiesen, daß oft nur kleine Ruhepausen genügen, um zu einer überraschend schnellen Erholung des Nervensystems zu gelangen. Diese Erholung tritt allerdings nur dann ein, wenn der Erholungsuchende auch sonst unter normalen Lebensverhältnissen lebt. Das kann man vom heutigen Arbeiter kaum behaupten. Wenn also die kleineren Ruhepausen mit Einrichtungen von Ruheshallen im Betriebe zu erstreben sind, so liegt die Grundlage der psychischen Prophylaxe viel tiefer. Sie gehört in ein System, das unter dem Namen der psychischen Hygiene bekannt ist. Dieser neue Zweig der hygienischen Wissenschaft ist zwar in Deutschland entstanden, die Idee hat aber im Ausland, insbesondere in Amerika und Frankreich mehr Anklang gefunden als in Deutschland. Darüber hat sich neuerdings der Vater der psychischen Hygiene, Robert Sommer auf dem letzten psychotherapeutischen Kongreß beklagt. Eine Erwähnung verdient aber auch die Anklage des anderen Psychiaters, des Dr. Bresler, die er vor drei Jahren in der Psych.-Neur. Wochenschrift veröffentlicht hat: „Wer in dem psychiatrischen Beruf tätig ist und täglich die schmerzliche Frage der Angehörigen Geisteskranker nach dem Warum? und Woher? und Wohin? beantworten soll und möchte, der Angehörigen, deren Antlitz gar oft vom Gram des Selbstvorwurfs zersucht ist — der blickt nicht ohne Neid auf die großartigen Erfolge der Seuchenbekämpfung und überhaupt die der Ursachenforschung und -bekämpfung auf den anderen Gebieten der Medizin. Aber wir kämpfen auf einem ganz anders gearteten, schwierigeren Boden und dabei doch entfernt nicht mit den Mitteln und Hilfen, wie sie dort zur Verfügung stehen. Die Ursachenforschung, die Grundlage aussichtsreicher Behandlung und Vorbeugung, müßte auf dem Gebiete der Geisteskrankheiten ganz anders betrieben werden als bisher; eigentlich geschieht darin „offiziell“ überhaupt nichts. Es gibt ein Reichsgesundheitsamt, aber es befaßt sich nicht mit der geistigen Gesundheit. Auch in den Ländern gibt es nichts hierfür. Es gibt hygienisch-bakteriologische Institute, aber keine hygienisch-psychischen...“ Auch die Idee der sozialen Hygiene war lange Jahre hindurch sehr unpopulär, bis die Gewerkschaften die Aufgabe übernommen haben, die Notwendigkeit einer Ausgestaltung des sozialhygienischen Unterrichts an den Universitäten zu vertreten. Ebenso wichtig aber ist die Einführung des psychisch-hygienischen Unterrichts in den Hochschulen, wobei die Hervorhebung des Ermüdungsproblems bei dem Industriearbeiter in den Vordergrund gestellt werden muß. Gerade dies hat nicht die genügende Ausprägung in dem sonst energischen Artikel des Münchener Hygienikers Prof. Karl Kistalt über „Probleme der psychischen Hygiene“ gefunden (im Archiv für Hygiene, Bd. 100 [1928]). Aber auch Kistalt betont besonders die

Nichtberücksichtigung des psychischen Moments im hygienischen Unterricht und hält dessen Einführung in die hygienische Wissenschaft als Grundsatz für dringend erforderlich. Die Beschäftigung mit dem Ermüdungsproblem im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Arbeitsphysiologie ist deshalb unzureichend, weil 1. diese Arbeiten nur die Steigerung der Produktivität, allerdings ohne Gesundheitschädigung des Arbeiters im Auge haben und 2. die Beobachtungen nicht im Betriebe selbst, sondern im Laboratorium, also unter günstigeren Verhältnissen vorgenommen sind. Diesen letzteren Einwand hat auch Wladimir Eliasberg in seiner Abhandlung über „Richtungen und Entwicklungstendenzen in der Arbeitswissenschaft“ (im Bd. 56 des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik) gemacht. Auch diese Abhandlung zeigt uns, daß die Wissenschaft der psychischen Hygiene einen gesellschaftlichen Charakter trägt. Sie zeigt aber vor allem, daß keine andere Bevölkerungsschicht an der Ausgestaltung der psychischen Hygiene interessierter sein kann, als die Industriearbeiter. Das Interesse der Arbeiterschaft an der Entwicklung der psychischen Hygiene muß auch schon dadurch gesteigert sein, daß die Erziehung des proletarischen Kindes durch seine besondere Stellung in der Gesellschaft, wie sie Otto Rühle in seinem Buche über „Die Seele des proletarischen Kindes“ gekennzeichnet hat, eine starke Berücksichtigung der psychischen Hygiene verlangt. Dazu kommt noch die besondere Stellung der modernen Arbeiterfrau in der Familie und im Beruf, die ebenfalls und nicht zuletzt vom psychisch-hygienischen Standpunkt aus betrachtet und bewertet werden muß. Alles in allem: die Entwicklung der psychischen Hygiene und ihre Verbreitung gehört zu den dringenden Forderungen der Arbeiterklasse.



Kollektive Bausparkassen

Karl Maier (Stuttgart)

Die Sparkassenverbände haben lange Zeit das Prinzip des Kollektivsparens zu Wohnbauzwecken heftig befehdet und zahlreiche Einwände gegen die privaten Unternehmungen dieser Art (Gemeinschaft der Freunde in Wüstenroth, Bau- und Siedlungsgemeinschaft in Darmstadt u. a.) erhoben. Seit einiger Zeit sind diese Einwände verstummt und nun ahmen die öffentlichen Sparkassen das System nach. Zuerst hat die Sparkasse in Stuttgart das kollektive Bausparen eingeführt, andere öffentliche Kassen sind gefolgt und die Sache nimmt immer größere Ausdehnung an. Der Anreiz zum Sparen für Wohnzwecke ist begrüßenswert, denn die jetzige Wohnungsnot wird noch lange anhalten. Bei Fortdauer der seitherigen Bautätigkeit wird damit gerechnet, daß erst vom Jahre 1941 an ein gewisser Überschuß an Wohnungen erstellt werden kann und daß auch dann noch viele ungeeignete Wohnungen vorhanden sein werden, die durch neue, bessere ersetzt werden müssen. Mit der gegenwärtigen Bautätigkeit kann zudem nicht dauernd gerechnet werden, ungünstige Geldmarkterhältnisse können einen Teil des für die nächsten Jahre vorgesehenen Bauprogramms zunichte machen.

Aber die prinzipiellen Einwände gegen das Kollektivsparen zu Wohnbauzwecken sind nicht damit beseitigt, weil nun die öffentlichen Sparkassen zentrale Bausparkassen errichtet haben und errichten wollen. Der Haupteinwand ist, daß bei der Gesamtheit der Bausparer unrealisierbare Hoffnungen erweckt werden, denn nur ein Teil der Sparer kann in absehbarer Zeit zu einem Haus kommen. Dies zeigt folgendes Beispiel. Wenn 1000 Bausparer gleichzeitig zusammentreten und alljährlich auf Jahres-

Schluß 7 uS einer bestimmten Bausumme sparen, so ist — wenn man die Zinsen außer Betracht läßt — am Ende des ersten Jahres das Geld für 70 Bausummen vorhanden, nach zwei Jahren für 140 und nach drei Jahren für 210 Bausummen usw. Von den 1000 Sparern haben also nach drei Jahren erst 210 ein Eigenheim. Der gute Gedanke des kollektiven Systems ist der, daß die eingehenden Gelder sofort für den bestimmten Zweck verwendet werden. Dadurch ist es möglich, Darlehen an Bauparerer viel früher zu verteilen, als es beim Einzelsparen möglich wäre.

Das Problem der Zuteilung kann keine Bauparaffe risilos lösen. Einige Bauparaffen lassen das Los entscheiden oder sie benützen eine andere Methode für die Ausübung der Bauberechtigten. Der Sparer, der von Anfang an viel Spargeld einzahlen konnte, hat natürlich bessere Chancen und sehr viel hängt von dem Zustrom neuer Sparer ab. Bei zahlreichen Neueintritten und damit verknüpftem Anschwellen der Monatsbeiträge sind die älteren Mitglieder der Kasse im Vorteil und sie kommen schnell in den Besitz von Baugeld, dies geschieht jedoch auf Kosten der Neueingetretenen.

Es kann naturgemäß kein Zweifel darüber bestehen, daß die öffentlichen Sparaffen den privaten Kassen bei dem Kollektivsparsystem überlegen sind. Sie besitzen eine bewährte Organisation, haben einen starken Rückhalt an der Garantie der Kommunen, verfügen selbst über einen Teil der erforderlichen Hypothekengelder und brauchen das Ausschneiden enttäuschter Sparer nicht zu fürchten, da zurückgezogene Bauspargelder nicht sofort verloren gehen, sondern vertragsgemäß auf das allgemeine Sparkonto übertragen werden. Aber auch bei den öffentlichen Sparaffen behält das Bauparen den Lotterierarakter, ohne den Bauparatern etwas anderes zu bieten, als was gute Siedlungsgenossenschaften gleichfalls bieten können.

Die Richtlinien des Sparaffen- und Giroverbandes über die zu errichtenden Bauparaffen lehnen sich an das System der Stuttgarter Sparaffe an. Aus den folgenden Zahlen kann jeder selbst die nötigen Schlußfolgerungen ziehen. Um 5000 Mk. zu sparen, die als Grundstock zur Errichtung eines Eigenheims nötig sind, müssen bei sechsjähriger Sparzeit 65,50 Mk. monatlich, bei 15 Jahren Sparzeit 22,25 Mk. monatlich gespart werden. Eine Summe von 8000 Mk. erfordert in sechs Jahren 104,80 Mk. monatlich, in 15 Jahren 85,60 Mk. monatlich. Der Sechsjahrestarif ist zu hoch, der Fünfzehnjahrestarif vielleicht tragbar, aber ohne Anreiz, da die Sparzeit viel zu lang ist. Es gibt neben dieser niedrigsten und höchsten Stufe noch zwei weitere mit 9- und 12-jähriger Sparzeit. Gewöhnlich muß ein Mindestbetrag gespart sein, bevor man überhaupt zu einem Darlehen kommen kann. Die kürzeste Wartezeit bis zur Zuteilung eines Darlehens beträgt für alle Tarife drei Monate, die durchschnittliche Wartezeit beträgt bei

6-jähriger Sparzeit	3 Jahre 6 Monate	12-jähriger Sparzeit	6 Jahre 7 Monate
9 " " "	4 " 11 " "	15 " " "	8 " 4 " "

Die Kasse arbeitet auf mathematischer Grundlage, es kommt also „jeder zum Zug“, aber vielen wird das Warten sehr lang dauern und wenn die Raten eines Tages nicht mehr bezahlt werden können oder sehr gering sind, ist in absehbarer Zeit überhaupt nicht mit einer Zuteilung zu rechnen.

Die Zeitschrift „Die Bank“ (Mai 1929) erhebt neben diesen Einwänden gegen das kollektive Bauparen Bedenken allgemeinwirtschaftlicher Art und ist der Ansicht, daß der Kollektivbauspargedanke überhaupt nicht zeitgemäß ist. Das Bauparen lenkt nämlich Kapital von der billigen Kleinwohnung im Mehretagenbau zur teureren Mittelwohnung im Eigenheim ab, also vom derzeitigen zwingenden Bedürfnis zur bloßen Annehmlichkeit. Jedes im Bauparverfahren errichtete Eigenheim bedeutet je nach Höhe der Bausumme die Nichtherstellung von zwei oder drei Kleinwohnungen, also eine Verminderung der Befriedigung des derzeitigen nackten Wohnungsbedürfnisses. Die Bauparaffen rechnen mit öffentlichen Mitteln, diese dürfen aber nur für die

Deckung des Wohnbedürfnisses aller Wohnungsfuchenden verwendet werden, nicht für die Beschaffung von Eigenheimen derer, die infolge ihrer günstigeren Einkommensverhältnisse in der Lage sind, Anteile in die Bauparlassen zu entrichten.

Um den Mißständen zu begegnen, die auf dem Gebiet des kollektiven Bauparens aufgetreten sind, hat Anfang Mai d. J. der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften der Öffentlichkeit den Entwurf eines Gesetzes über kollektive Bauparlassen zur Diskussion übergeben und gleichzeitig dem Reichsarbeitsministerium zugeleitet, damit er als Grundlage für einen Referentenentwurf zur Verwendung kommen kann.

Der Gesetzentwurf trifft Bestimmungen, deren Durchführung ein Mindestmaß an Sicherheit und Solidität der Bauparlassen verbürgen soll. Sie sollen einer Aufsichtsbehörde unterstellt werden, die als besondere Abteilung dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung anzugliedern ist. Der § 2 Satz 1 zum Beispiel sagt: „Kollektive Bauparlassen bedürfen zum Geschäftsbetrieb der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde.“ Bei ihr sind Gesellschaftsvertrag, die Spar- und Darlehensbedingungen einzureichen. Es werden die Erfordernisse des Geschäftsplanes und des Gesellschaftsvertrages bestimmt, vor allem, daß die Spargelder der Bauparer vom übrigen Gesellschaftsvermögen getrennt verwaltet werden müssen (Spargruppenvermögen), daß die Verteilung der Baupardarlehen genau geregelt sein muß, wie die Verwaltungskosten gedeckt werden, über die Aufnahme von Anleihen usw.

Im § 14, der die allgemeinen Spar- und Darlehensbedingungen behandelt, sind Vorschriften enthalten:

- über die Höhe und Fälligkeit der den Bauparern obliegenden Leistungen, insbesondere die Entrichtung der Sparbeträge;
- über die Rechtsfolgen der Nichterfüllung der den Bauparern obliegenden Leistungen;
- über die Kündigung der Sparverträge;
- über die Grundsätze, nach denen die Gewährung der Baudarlehen vorgenommen werden soll;
- über die längsten, kürzesten und die mittleren Wartezeiten bis zur Zuteilung eines Baupardarlehen;
- über die Voraussetzungen für die Auszahlung der zugewiesenen Baupardarlehen;
- über die Höhe der Rückzahlungsraten.

Dann folgen Vorschriften über die Geschäftsführung der kollektiven Bauparlassen, über Beaufsichtigung, über Verfassung und Verfahren der Aufsichtsbehörde und besonders die Liquidation einer Bauparlasse. Ein Gesetz, das auf diesem Entwurfe fußt, dürfte ein guter Schutz für viele kleine Sparer sein, die sonst den verlockenden Versprechungen schwindelhafter Unternehmungen erliegen. Für die Schichten der Bevölkerung, die über eine gewisse Sparkraft verfügen, können die Bauparlassen ein wertvolles Mittel zur Ersparung eines Eigenheims sein, denn man wird zum Sparen angehalten und gezwungen, regelmäßig feste Zahlungen zu leisten, auch kann auf Grund der Gegenseitigkeit die Bauparlasse das zugewiesene Geld zu viel günstigeren Bedingungen geben als der allgemeine Kapitalmarkt. Der großen Masse des Volkes nützen die Bauparlassen nicht, denn den schlecht bezahlten Arbeitern, Angestellten und Beamten ist es unmöglich, einen günstigen Bauparvertrag abzuschließen.